

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeb.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Anserte werden die 5 gespaltene Beitzelle oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwärzlicher Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

Ein Klassenkampf.

* Leipzig, 18. August.

Mülhausen, 17. August. Bei der heutigen Gemeinderatswahl betrug die Wahlbeteiligung 36 Prozent. Gewählt wurden 6 Sozialisten und 5 Demokraten mit rund 4800 Stimmen. Der Gemeinderat zählt jetzt 18 Sozialisten und 18 Demokraten. Gegnerische Parteien sind im Gemeinderat nicht mehr vertreten. (Telegramm.)

Aus Mülhausen i. E. wird uns noch geschrieben:

In einer Besprechung der jüngsten reichsländischen Vorgänge in der Berliner Nationalzeitung (Nr. 477 vom 12. August) finden wir die Bemerkung: „Der Mülhauser Gemeinderat ist, nach seinem bisherigen Verlaufe, ein Sturm im Glase Wasser, welcher indessen infolgedessen ein über das Reichbild der Stadt hinausreichendes Interesse besitzt, als bei ihm das viel besprochene und unter Mantuffel so bevorzugte gesellschaftliche Element der „Notabeln“ wieder einmal eine Rolle spielt.“ Wenn der Gesichtswinkel, aus dem heraus das antikerikale nationalistische Berliner Bourgeoisblatt die elsäß-lothringischen Ereignisse betrachtet, auch nicht der beste ist, so gestattet er doch, hinter dem äußeren Bilde der Vorgänge in Mülhausen ein Stück Klassenkampf zu ahnen. Die traditionelle Abneigung gegen die reichsländischen Notabeln und deren kerikale Leisewage, das eifersüchtige Aufsitzen französischer Tendenzen bei den oberen Zehntausend der als deutsches Reichsland konstituierten ehemaligen französischen Departements verhindert die Nationalzeitung nicht, den großbürgerlichen Klassenstandpunkt insofern zu wahren, als sie unter Ausfällen gegen die unbegreiflicherweise mit dem deutschen Regiment immer noch nicht ganz ausgeöhnten elsäßischen Fabrikanten gleichzeitig die sozialdemokratische Gefahr denunziert. Es ist gar zu nett, mit anzusehen, wie ein führendes Berliner Bourgeoisblatt den elsäßischen Klassengenossen die Summe der materiellen Vorteile vorrechnet, die sie aus der Verbindung mit dem deutschen Reiche ziehen, um sie auf diesem Wege zur lauterer deutschen Vaterlandsliebe zu führen. Da wird mit heiligem Bekehrungsseifer gesagt:

Je mehr die ältere Generation mit ihren Erinnerungen an das Staatswesen, von welchem sie gewaltsam abgerissen wurde, in den Hintergrund tritt, desto deutlicher wird den elsäß-lothringischen Landwirten die Erkenntnis, daß die in der Verbindung mit Deutschland erzielte Wertsteigerung ihrer Weimländereten nach einem Rücksalle ihrer Heimat an das rebenreiche Frankreich sich unmöglich aufrecht erhalten lassen würde. Die Fabrikanten in Mülhausen, denen durch die Abtrennung von ihrem angestammten geschäftlichen Wirkungsbereich seiner Zeit in der That große Schwierigkeiten entstanden, haben sich inzwischen in dem stärkerbevölkerten Deutschland ein so weites Absatzgebiet geschaffen, wie es ihnen Frankreich niemals wieder zu bieten vermag, zumal dort zum Ersatze der verloren

gegangenen elsäßischen zahlreiche neue, schwer wieder aus dem Sattel zu hebende Fabriken gegründet worden sind. So haben denn gerade die Mülhauser Fabrikanten allen Grund, unter den gegenwärtigen Verhältnissen zufrieden zu sein, und es würde gewiß nichts schaden, wenn die Anstrengungen ihres Klüngels, unter allen Umständen und auch mit bedenklichen Mitteln die kommunale Herrschaft über Mülhausen zu behaupten, zu einer Beschränkung der dortigen Wirtschaft der „Notabeln“ führten, obgleich eine demokratische und sozialistische Mehrheit im Gemeinderat auch nicht unbedenklich sein mag und, was ihren sozialdemokratischen Flügel anbetrifft, in der großen Fabrikstadt sogar unter Umständen schädlich wirken kann.

Schädlich für die kapitalistischen Klasseninteressen — das wollen wir hoffen! Die Kämpfe der Sozialdemokratie um den Besitz der Gemeindeverwaltung in Mülhausen sind bisher vom besten Erfolge begleitet gewesen, und nachdem jetzt die Alten über die neue Wahlhandlung von gestern, die durch den Theatrecoup der Demission von zehn großkapitalistischen Gemeindevetretern nötig geworden ist, geschlossen sind, wird die Sozialdemokratie der ausschlaggebende Faktor im Gemeinderat der 90 000 Einwohner zählenden oberelsäßischen Industriemetropole geworden sein. Und dann mag die Nationalzeitung sich trösten: mit wunderbarer Schnelligkeit wird auch der letzte Franzosenfreund unter den Mülhauser Fabrikanten sich zum einwandfreien Nationalliberalismus des Député Schlumberger bekehren, und die bösen Preßkapläne „System Wetterle“, die partikularistischen Rechte von heute, werden bald als zahme Enten im regierungsfremden deutschen Centrumsteich unschädlich schnatternd umherschweben.

Um ihre schon bei den Hauptwahlen im Juni eigentlich verlorene Position wieder zu erlangen, arbeiteten die zehn Zurückgetretenen, wie von einzelnen im Privatgespräch zugegeben worden ist und ihre Presse nicht bestreitet, darauf hin, eine Auflösung des gesamten Gemeinderats herbeizuführen mit dem Erwarten, die staatliche Aufsichtsbehörde werde, statt Neuwahlen anzuordnen, von der ihr in § 63 der elsäß-lothringischen Gemeindeordnung erteilten Befugnis Gebrauch machen und einen Ausschuß zur Ausübung der Rechte und Pflichten des Gemeinderats ernennen. Dieser Ausschuß, so kalkulierten die Herren Demissionäre, an deren Spitze der bisherige Bürgermeister Wik steht, würde sich naturgemäß aus ihren eigenen Reihen mit den nicht wieder erwählten Größen des früheren Gemeinderats rekrutieren, er würde unter dem Schutze der Staatsgewalt, unbelästigt durch die Gegenwart von Sozialdemokraten und Demokraten, die städtische Verwaltung leiten und die Sozialdemokraten würden lange Gesichter machen. Die Regierung wird aber wohl mit der Eventualität gerechnet haben, daß die Sozialdemokraten etwas anderes machen würden als lange Gesichter; sie weiß aus Erfahrung, daß diese Leute sich einiger-

maßen auf Agitation und besonders auf den Kampf gegen Ausnahmezustände verstehen, und sie wird sich erinnern haben, daß nach der Aufhebung des Diktaturparagraphen auch im Elsaß ihr für die Zukunft jedes Mittel fehlt, sozialdemokratische Zeitungen wie früher kurzweg „tozuschlagen“. Die Regierung erfüllte also die Hoffnungen der kommunalpolitischen Konterrevolutionäre und Staatsstreicher in der guten Stadt Mülhausen nicht und ordnete einfach Ersatzwahlen an. Die kerikale Partei ihrerseits wagte es noch nicht, so kurz nach ihrem katastrophalen Zusammenbruch im Juni sich mit den Siegern im offenen Kampfe zu messen, sie proklamierte in ihrer Ratlosigkeit Wahlenthaltung; und da die junge demokratische Bürgerpartei andererseits, deren kleinbürgerliche Wähler mit den sozialistischen Arbeitern zusammen im Juni bei den Hauptwahlen erfolgreich gekämpft hatten, sich nicht stark genug fühlte, um selbst mit Unterstützung des liberalen Bürgertums einen Waffengang gegen die Sozialdemokratie zu wagen, so acceptierte sie nach einigem Winden und Drehen die Bedingung des Arbeiterwahlvereins für ein erneutes Zusammengehen, wonach der Sozialdemokratie sechs und ihr, der demokratischen Partei, fünf von den elf freien Gemeinderatsitzen zufallen sollten. Damit war der Ausgang der Wahl von vornherein entschieden. Im neuen Gemeinderat sitzen 18 Sozialdemokraten neben 18 Demokraten, was nach Lage der gesamten Verhältnisse der Sozialdemokratie das tatsächliche Übergewicht giebt.

In der Neuen Zeit erschien anfangs Juli eine Besprechung der Gemeinderatswahlen in Elsaß-Lothringen, in der die Mülhauser Parteigenossen eine Rüge erfuhren, weil sie es „für angemessen gehalten, gleich für die erste Wahl ein Bündnis mit einer demokratischen Partei zu schließen, die erst kurz vor den Wahlen in der Erscheinung sprang“; in Gegenjag dazu wurde in dem Artikel die Taktik unserer Genossen in Straßburg gestellt, welche im ersten Wahlgang allein vorgingen. Der Artikel in der Neuen Zeit trug hier der Thatfache nicht Rechnung, daß unsere Partei in Straßburg unter anderen Bedingungen kämpfte, als in Mülhausen, wo auf Grund einer einzigen Liste für die ganze Stadt gewählt wurde, während in Straßburg nach Wahlbezirken getrennt abgestimmt wurde, so daß in vorwiegend proletarischen Stadtteilen, wie beispielsweise in den Vororten, auch ohne die Unterstützung kleinbürgerlicher Wähler Erfolge errungen werden konnten. Bei gleichem Wahlmodus wie in Mülhausen hätte in Straßburg die Parteiliste dank dieser Taktik glatt unterliegen müssen, denn den 7000 in sämtlichen Wahlbezirken erzielten Parteistimmen standen 10 000 ordnungsparteiliche gegenüber. Andere Verhältnisse, andere Taktik! Solche Fragen können nicht abgethan werden mit Redensarten von „Kreith und Plethi“. Die Art, wie die Partei in Mülhausen den Wahl-

Seuilleton.

Das tägliche Brot.

Roman von Klara Bledig.

Mine empfand nicht mehr das Drückende ihrer Lage. Sie fühlte sich wie erlöst, sie wußte nun „wohin“.

Ohne Gang und Klang schied sie am anderen Nachmittage von Biels. Der Herr war im Comptoir, die junge Frau, die ihren Mittagschlaf hielt, hatte ihr durch das neue Mädchen heraus Wdieu sagen lassen. So ging sie denn mit Matilde, die vor der Hintertür wartete, um den Korb tragen zu helfen, ab.

Gern hätte sie Arthur noch gesprochen, oder wenigstens Grete, um ihm durch die etwas bestellen zu lassen; aber kein Mensch zeigte sich vor der Blaulackierten, auch traute sie sich kaum in die Nähe des Kellers. Bögernd, mit einem langen schweren Blick, ging sie auf dem seitlichen Trottoir vorüber. Wie mochte es ihm gehen? Ob er wieder zu den Eltern zog, nun, da er nichts verdiente?! Sie nahm es ihm gar nicht übel, daß sie seit dem Sonntag nichts von ihm gehört; das war ganz selbstverständlich, er mußte ja auch erst sehen, wie er unterkam. Sowie sie sich eingerichtet, würde sie ihm eine Karte schreiben: „Ich bin gutt untergekommen, besuch mer so bald wie Du kannst, auf ewig Deine Mine“ —

Als sie das Ende der Gäßchenstraße beinahe erreicht hatten, kam eine Droschke angerollert. Eine schöne polierte Kommode schwankte neben dem Kutscher auf dem Bod.; drinnen im Fond saß Bertha, umgeben von

Martons und Paketen. Als sie Mine erkannte, ließ sie halten und sprang heraus. Sie war fieberhaft aufgeregt, ihre Augen funkelten, ihre zusammengezogene Stirn war hoch gerötet.

Sie lachte, gezwungen und gellend. „Na, ihr zieht? Ich bin auch ausgerückt! Das wurde mich denn doch zu bunt! Hahahaha! De Köchin wachst und schiebt es mir in de Schuh — da fehlt so'n lausiges Lörtchen — un de Selingersche glaubt ihr! Hatten gestern abend nach riesigen Krach zusammen, ich un die Selingersche. Na, was ich der de Meinung gesagt habe! „Meinen Sie,“ sagte ich, „man könnte von Ihnen ausgekochten Rindfleisch un der ungefalzenen ungeschmalzenen Rüben, die bei uns ze Hause's Vieh frist, satt werden?! Ich bewundere mir selber, daß ich so lange ausgehalten habe. Sie kriegen ja gar kein anständiges Mädchen mehr, schon von wegen den Herrn Sohn mich!“ Da sah sie mer an, wollt se mer freissen, zog die Nase hoch und sagte so ganz von oben runter: „Was hat mein Sohn mit euch zu thun?“

„Dho,“ sagte ich ganz dreiste, „sehr viel, un das läßt sich kein anständiges Mädchen nich gefallen! Ich kündige gnäd'ge Frau hiermit.“

„Da hättet ihr sehen sollen! Fuchswild wurd se. Gleich gehen könnt ich, schrie se. „Auf der Stelle!“ Sie weinte fast vor Wut. Erst war ich ja ooch giftig, aber denn mußte ich lachen, se ärgerte sich doch noch viel mehr, wie ich. Un ich sagte: „Nein, gnäd'ge Frau, gleich nich, aber morgen!“

„Da schrie se wieder, ich müßte bis zum fufzehnten bleiben, vierzehntägige Kündigung wäre abgemacht! Über icht sagte: „Ne, gnäd'ge Frau, wo man mer so beleidigt, bleibe ich nich länger! Un denn, gnäd'ge Frau

haben doch eben selber gesagt, ich könnte gleich gehen. Ich bin nich Ihr Sklave!“

„Se war ganz aus'n Häuschen — wo soll se denn nu uf den Platz ne andere so Gewandte herkriegen? Un jo zankten mer uns denn noch 'ne Weile rum, bis uf'n Mal der Leo erschien. Ich kriegte doch 'n Schreck. Aber er that sehr süß un wollte de Sache beilegen. Aber als ich ihn so salbadern hörte, kriegte ich 'n Kribbel, ich hätt ihn ins Gesicht spucken können. Ne, wurd ich wütend! Wie er mir gepisact hat! Un ich schmeiße ihm alles haar-klein vor, haste nich gesehen!“

„Nu denkt ihr wohl, die Gnäd'ge wäre sehr außer sich gewesen?! I wol! Se drohte ihm nur 'n bißchen mit 'n Finger: „Aber, Leo!“

„Un er grinste übers ganze Gesicht un sagte: „Sör Dir doch nicht länger das Mägdegeschwätz an! Was willst Du Dich ärgern, Mama!“

„Un sie sagte: „Solch 'ne verlogene Person! Du hast recht, mein Sohn! Komm!“

„Aber im Zeugnis hat se mer's gut besorgt, da hat der Leo noch bei geholfen. Na wartel!“

Bertha zitterte vor Erregung. „Un daß mer sich das gefallen lassen muß!“

„Jefes, un nu haste noch keene neue Stelle,“ sagte Mine.

„Ach darum! De Resäcke muß mer so lange loschieren, bis ich was gefunden hab. Das is nicht schlimm. Ich wer mer aber de Leute vorher ordentlich ansehen. Haha! Sie besehen uns ja auch von hinten un von vorn. Na, wo ziehst Du denn hin? Sag's doch, wenn mer Der etna mal besuchen will!“

(Fortsetzung folgt.)

Kampf zum ersten Wahlgang am 15. Juni, zum zweiten am 22. Juni und jetzt zur Ergänzungswahl vom 17. August geführt hat, frei, unbelümmert und unbeflügelt von ihren Kleinbürgerlichen Illusionen, war, das muß den Mißdeutungen gegenüber betont werden, voll und ganz die alte Parteilosigkeit des unverschleierte Kampfes. Dessen sind die Wahlausrufe Zeugnis.

Politische Uebersicht.

Der Abrüstungsstreit.

Der europäische Friede hat zahlreiche Götter und Interessenten. Im halbasiatischen Osten sitzt der Friedensgott und predigt der verrotteten europäischen Zivilisation, daß an all ihrem Jammer und ihrer tiefen inneren Fäulnis einzig der fressende Wurm des Militarismus schuld sei und daß das ganze wunderbare Gebäude moderner Gesellschaft eines schönen Tages unter einer furchtbaren Katastrophe zusammenbrechen müsse, wenn die Regierungen und die Völker sich nicht bei Zeiten zur Abwehr vereinen. Aber auch im Wilden Westen hat der Gedanke der Abrüstung uninteressierte Anhänger. Dort weilt der Jor der neuen Welt, der heimliche Kaiser der nordamerikanischen Dollarkönige und ihrer Untertanen. Außerlich ein Gleicher unter Gleichen, ein Bürger der großen demokratischen Republik, vor deren Anblick alles, was Menschenanständig trägt, gleiche Rechte hat. Thatsächlich der allmächtige Beherrscher des jungen Niesereichs, der dessen ganzen Machtapparat noch viel sicherer an der Strippe hat, als sein Bruder Nikolaus III. im Osten, welsch letzterer der Gesangene seines eigenen Volkes ist. Hierpon Morgan interessiert sich lebhaft für diesen Abrüstungsgedanken und er wird das Problem spielend lösen. Wenn die Mächte der Alten Welt ihre Unfähigkeit erwiesen haben werden, wird er kommen und der Welt zeigen, wie die Sache gemacht wird. Er wird einen Abrüstungsstreit gründen.

Der Gedanke ist echt amerikanisch. Aber das spricht nicht gegen, sondern für seine Ausfühbarkeit. In der Neuen Welt liegen die verschiedenen gesellschaftlichen Zusammenhänge noch unverbunden offen; man weiß dort allgemein, daß der Krieg nur ein kapitalistisches Unternehmen ist, bei dem der Staat Zinsgarantie leistet, und es wäre dort durchaus nicht Ungeheuerliches, wenn ein Krieg einer kapitalistischen Gruppe in Privatunternehmung gegeben würde. Wenn schon bei den amerikanischen Niesereichs die großen Gesellschaften ihre eigenen Volkstruppen anwerben und die „Ordnung“ auf ihrem Grund und Boden mit Hilfe gemieteter und von ihnen bewaffneter Banden aufrecht erhalten, so ist von da bis zur Abrüstung einer kriegerischen Expedition gegen irgend eine Negerepublik oder einer Kreoleninsel nur ein kleiner Schritt, und der Krieg auf Kuba und auf den Philippinen war ja auch nur ein staatlich organisierter Raubzug. Wenn aber der Krieg ein kapitalistisches Unternehmen ist, das im Notfall veräußert werden kann, so auch der Gegenkrieg, und in der Kooperation der englischen Handelsflotte hat ja das amerikanische Kapital einen vielversprechenden Anfang gemacht.

Das Genie des Kapitals kennt keine Schranken. Es hat die Handelsflotten zweier Welten einem amerikanischen Gründer dienstbar gemacht; warum soll es vor den Aktien der Niesereichs Halt machen? Die Krupp'schen Werke würden genau wie zuvor ihre Herstellungszeuge an aller Länder Herren liefern, und das Weltkapital könnte dann zugleich mit den Nordinstrumenten die verschiedenen nationalen Territorien und Einflußsphären abgrenzen und verleiern. Auch das internationale Bankkapital dürfte in einem künftigen Weltkrieg ein Wort mitzusprechen haben, und wenn neben Rothschild und der deutschen Bank das amerikanische Geldkapital sich ebenbürtig konstituiert, so würden Könige und Kaiser ihre kriegerischen Gelüste bändigen müssen, falls der große Friedensfürst im Wilden Westen den Daumen auf den Ventel hielte.

Das internationale Kapital hat in der That ein großes Interesse daran, die Spesen seiner Herrschaft herabzumindern. Der nationale Staat mit seiner ungeheuren militärischen Spannung bedeutet eine riesige Verschwendung von Arbeit und Wohlstand, und die amerikanische Weltmachtspolitik mag es sich wohl überlegen, ob sie sich die Spesen des Militarismus nicht besser sparen kann. In diesem Bestreben trifft der amerikanische Imperialismus mit dem kapitalarmen russischen Zarenismus zusammen. Die phantastischen Friedensutopien des Zarenmanifests erleben bei den smarten Amerikanern ihre praktische Anfertigung. Freilich nur, um damit endgültig als Utopie erkannt zu werden.

Die Bourgeoisie kann den Militarismus nicht entbehren; sie kann ihn nicht einmal einschränken. Sie hat angefangen mit dem nationalen Staat und seinen hochgespannten nationalen Interessengegensätzen, und sie wird mit dem weltpolitischen Imperialismus endigen. Der amerikanischen Bourgeoisie wird, wie der englischen, der Uebergang zum Militarismus nicht erspart bleiben, wenn sie nicht auf ihre Weltmachtstellung im voraus verzichten will. Sie dreht und windet sich noch mit allerlei Mägen, um sich am Militarismus vorbeizudrücken, und eines dieser Mägen ist — der Abrüstungsstreit. Dieses ist im kapitalistisch hochentwickelten Nordamerika das selbe, was im halbbarbarischen Rußland das zarische Friedensmanifest ist: ein frommer Wunsch, der sich in Rußland in naiver Moral speizt, während er sich im kapitalistischen Amerika mit grimmigem Humor selbst ironisiert.

Zust zur rechten Zeit kommt noch folgende Meldung:

Wie aus Newport gemeldet wird, sind die amerikanischen Generale Corbin und Young, die an den großen deutschen Herbstmanövern in Polen teilnehmen, am Sonnabend nach Europa abgereist. Ihre Aufgabe ist, die Generalkorps-Organisationen der verschiedenen europäischen Heere zu studieren, wobei sie der deutschen Organisation besondere Aufmerksamkeit widmen sollen. Präsident Roosevelt ist eifrig bestrebt, die amerikanische Armee nach europäischem Muster zu organisieren.

Die Flottenrevue und das Weltreich.

Aus London schreibt man uns: Im Gewässer zwischen Portsmouth und der Insel Wight wird jetzt der letzte Akt des royalistischen Schauspielers aufgeführt. In der dort versammelten Flotte verkörpert sich ein stolzes Stück englischer Geschichte, — zwei und einhalb Jahrhunderte des Aufstieges und des Höhepunktes der britischen Weltmacht. Sie wurde aufgebaut auf den Ruinen Spaniens, Hollands und Frankreichs, dank der bürgerlichen Freiheit, der Fähigkeit und Klugheit Englands, sowie infolge des Despotismus und der kurzfristigen Selbstsucht deutscher Fürsten.

Der Glanz der Scene bei Spithead wurde noch erhöht durch die Anwesenheit der Vizekönigin De Witt, De La Rey und Votha, umgeben von Roberts und Kitchener, den Seldens Asiens und Afrika. Und dennoch ist keine Freude, keine innere Zufriedenheit in England sichtbar. Der

Schatten einer unsicheren Zukunft schwebt über das öffentliche Leben und verdirbt das Frohgefühl, das bei einer ähnlichen Machtentfaltung im Jahre 1807 überall ungestört zum Durchbruch kam.

Nicht die Zukunft, sondern die Vergangenheit Englands liegt auf dem Wasser.

Dieses Gefühl ist fast greifbar. Rudyard Kipling, der Sänger des Imperialismus, findet keinen Ton der Ermüdung. Was er in diesem Jahre gesungen, waren Worte der Enttäuschung und Klage. Sir Wilfrid Laurier, der kanadische Premierminister, sagte vor einigen Tagen in einer Unterredung mit Stead, dem Redakteur der Review of Reviews: „Was mir jetzt im Mutterlande am meisten auffällt, ist der radikale Unterschied im politischen Denken Englands und Kanadas. Kommt man mit englischen Staatsmännern, Politikern, Finanzleuten und Journalisten zusammen, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das Leitmotiv aller ihrer Gedanken in der Möglichkeit eines Krieges besteht. Der Krieg kann heute, morgen oder übermorgen kommen, aber eines Tages muß er kommen; es wird ein großer Krieg sein, der die britischen Grenzen entlang wüten wird; die höchste aller Fragen ist für sie, wie sie sich auf dieses gigantische Ereignis vorbereiten sollen. Er färbt all ihr Denken; er beherrscht ihre ganze Politik. Sie können ihn nicht loswerden.“

Mit diesem Gedanken zogen am Sonnabend früh die Vertreter der englischen Bourgeoisie nach Portsmouth, um die Stahlvesten Britanniens zu sehen, und die Burenführer als Freunde und nicht als Besiegte zu begrüßen.

Wie weit dieser Gedanke dazu beigetragen hat, den imperialen Zusammenschluß zu vereiteln, läßt sich mit Gewißheit nicht sagen. Denn die Verhandlungen der imperialen Konferenzen wurden nicht veröffentlicht und werden geheim bleiben. Nur die Resolutionen wurden bekannt gemacht. Das ist merkwürdig. Die Geheimhaltung hätte keinen Sinn, wenn die Verhandlungen sich nur auf wirtschaftliche Fragen beschränkt hätten. Dagegen wäre sie vom diplomatischen Standpunkt aus verständlich, wenn Mr. Joseph Chamberlain weltpolitische Fragen zur Besprechung gebracht hätte. Lauriers Aeußerung läßt darauf schließen, daß dies geschehen ist. Er sagte ferner, die Kolonien seien bereit, auch fernherhin Freiwillige zu schicken, falls England in einen Krieg verwickelt werden sollte, aber die Kolonien seien zu jung, um sich in den Strudel des Militarismus zu werfen. Dennoch war die imperiale Konferenz nicht vergeblich. Die Kolonien wollen dem Mutterlande Vorzugstarife gewähren, ohne irgend welche Begünstigung zu verlangen. Ebenso verpflichteten sie sich, Beiträge zur Erhaltung der Flotte zu zahlen. Das war die vierte imperiale Konferenz; die erste tagte im Jahre 1887, die zweite 1894, die dritte 1897. Jede dieser Konferenzen bedeutete eine Etappe zur Föderation.

Von welcher Seite die Engländer den Angriff erwarteten, ist klar genug. Sie denken an die deutschen Flottenrüstungen und an den Engländerhaß der Alldeutschen.

Deutsches Reich.

Der Herr Doktor und seine Freunde.

Aus Baden schreibt uns unser r.-Korrespondent: Daß es manchmal für den bedrängten Staatsbürger von großem Vorteil ist, wenn er Beamte in einflußreicher Stellung seine Freunde nennen kann, dafür soll das folgende interessante Historchen ein neues Beispiel sein. In dem reizend gelegenen Städtchen Neckargemünd bei Heidelberg, das schon durch eine Reihe pikanter Abenteuer des dort auf einem prächtigen Herrenhof hausenden Konsuls und ehemaligen konservativen Reichstagsabgeordneten Menzer — deselben „Volkvertreter“, der einst im Reichstag den berüchtigten Anspruch that, hungernde Menschen kämen nur in Romanen vor — auch in weiteren Kreisen sich einen Namen machte, wohnt ein Arzt, dessen glühende Verehrung des schönen Geschlechts in der Einfrömmigkeit der legitimen Ehe nicht die genügende Befriedigung finden konnte. Der Mann legte sich deshalb ein außerordentliches „Verhältnis“ zu, mit dem er es jedoch in der letzten Zeit, seinem unwiderstehlichen Drange nach Abwechslung folgend, zum definitiven Bruche trieb. Wie das aber im menschlichen Leben so zu gehen pflegt: derartige zarte Bande sind leichter geknüpft als wieder gelöst, und so machte auch das verabschiedete Mädchen dem Herrn Doktor die gewünschte Trennung nicht allzu leicht. Doch der Herr wußte Rat; er erinnerte sich eines Freundes, der in der nahen Bezirkshauptstadt Heidelberg eine einflußreiche Stellung beim Bezirksamt bekleidet, und an diesen wandte er sich in seiner Bedrängnis. „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“, dachte sich der Herr Bezirksbeamte, betrachtete sich den „Fall“ seines „Kollegen von der anderen Fakultät“ etwas genauer und machte dabei die wertvolle Entdeckung, daß die „lästige“ gewordene Geliebte seines Freundes eine — Ausländerin sei. Was lag also näher und was schien einfacher, als der Gedanke, das Mädchen durch administrative Verfügung abzuschicken, und in der That wurde auch ein Ausweisungsbefehl gegen sie erlassen, der, wie unser Mannheimer Parteiorgan erfahren hat, thatsächlich auch zur Ausführung gelangte.

Man kann es dem also verfolgten Mädchen gewiß nicht übel nehmen, wenn es in seiner Bedrängnis zu dem Mittel griff, durch einen Brief an die Gattin ihres ehemaligen „Geliebten“ das Schlimmste von sich abzuwenden. Von dieser ihrer Absicht bekam der Herr Doktor rechtzeitig Wind, und nun griff eine vierte Persönlichkeit zu seinen Gunsten in die Tragödie ein, diesmal ein richterlicher Beamter, der Landgerichtsrat und Untersuchungsrichter Baur am Landgericht Heidelberg, ein Sohn des vor einigen Jahren verstorbenen Sparkassenrechners Baur in Offenburg. Dieser sprang seinem verzweifelten Freunde bereitwillig bei, indem er an das Postamt Neckargemünd unverzüglich die telegraphische Weisung ergehen ließ: Alle an Frau Dr. K. einlaufenden Briefe sind nicht auszuhandigen, sondern an Untersuchungsrichter Baur in Heidelberg einzuliefern. Das also instruierte Postamt scheint jedoch der Sache nicht getraut oder sich an die Order des Herrn Untersuchungsrichters aus naheliegenden Gründen nicht gebunden erachtet zu haben, kurz: es lieferte den Brief der Geliebten des Herrn Doktor an die Adresse seiner ehelichen

Gemahlin aus und brachte dadurch die ganze Geschichte ans Tageslicht.

Dieser Tage nun war im amtlichen Teil der Karlsruher Zeitung zu lesen: „Der Landgerichtsrat E. Baur ist von Heidelberg nach Waldshut versetzt worden.“ Weiter verlautete bisher von amtlicher Seite über den Fall nichts; insbesondere hat die Oeffentlichkeit auch noch nicht erfahren, was mit dem Dritten im edlen Bunde, dem Herrn vom Heidelberger Bezirksamt, geschehen ist. Das offenbare Verschlehen der Verurteilung der ganzen Angelegenheit wird einigermassen verständlich, wenn man bedenkt, daß Herr Landgerichtsrat Baur eine gute Stütze der „Ordnung“, ein eifriger nationalliberaler Parteigänger und Präsident des Heidelberger Militärvereinsverbandes ist.

Nachdem der Fall durch unser Mannheimer Parteiorgan nun aber einmal an die Oeffentlichkeit gebracht ist, wird dem badischen „Ministerium der Gerechtigkeit und Oeffentlichkeit“ nichts anderes übrig bleiben, als von den Ergebnissen der eingeleiteten Disziplinunterforschung auch weiteren Kreisen Kenntnis zu geben.

* Berlin, 18. August. Nach einer Münchener Meldung der Augsburger Abendzeitung ist die Veröffentlichung des Depeschenwechsels zwischen dem Kaiser und dem Prinzregenten von Berlin aus ohne weiteres Einvernehmen mit München erfolgt.

Das Reichsamt des Innern hat sich, wie die Zeitschrift für Versicherungsweisen hört, entschlossen, die einheitliche Regelung der Besteuerung der privaten Versicherungsunternehmungen in Angriff zu nehmen. Vor kurzem sind die Bundesregierungen über diese neu ausgenommenen Arbeiten unterrichtet und veranlaßt worden, die hierbei in Betracht kommenden Verhältnisse zu prüfen und über dieselben zu berichten.

Die Stichwahl in dem Reichstagswahlkreise Rumbach-Forchheim findet am 22. August statt.

Die Fränkische Tagespost hat bereits vor einigen Tagen für die Sozialdemokratie strengste Stimmhaltung proklamiert. Dem Liebeswerben der Liberalen begegnet unser Rumbacher Parteiorgan mit kaltem Spott: „Wir überlassen es den Agrariern, sich zu entscheiden, wer ihnen als der zuverlässigste Brotverkäufer erscheint, der von den Freisinnigen unterstützt Herr Faber oder der von Herrn Heim geförderte Herr Böllner.“

Nach amtlicher Feststellung sind bei der Hauptwahl 15648 Stimmen abgegeben worden; hiervon erhielten: Oekonomiebefugter Böllner-Schellenberg (Centr.) 6009 Stimmen, Fabrikbesitzer Faber-Forchheim (nat.-lib.) 3046 Stimmen, Landwirt Weinsboeck-Hummendorf (Bund der Landwirte) 8520 St., Malermeister Deinhardt-Erlangen (Sozialdem.) 1766 Stimmen.

Im Fall Löhnung läßt sich endlich die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hören:

Die Finanzverwaltung hat bisher darauf verzichtet, zu den Erörterungen der Tagesblätter über den Fall Löhnung ihrerseits in der Presse das Wort zu nehmen. Sie wird diese Zurückhaltung auch fernerhin beobachten. Es widerspricht den preussischen Verwaltungsgrundsätzen, Beschwerden, die ein Staatsbeamter gegen seine Vorgesetzten erheben zu können glaubt, durch die Presse zum Austrag bringen zu lassen. Die Blätter selbst weisen darauf hin, daß die Abhängigkeit Angelegenheit in der preussischen Volkvertretung zur Sprache kommen müsse. Dort ist der Ort, wo der zuständige Ressortminister zu dem Nachweis Gelegenheit finden wird, daß die den Intentionen der Staatsregierung direkt zuwiderlaufende Haltung Löhnings in der Polenpolitik für seine Verletzung in den Ruhestand entscheidend gewesen ist.

Das war vorauszusehen, daß der Fall Löhnung auf das Conto der Polenpolitik gesetzt werden würde. Dort stehen schon so viele faule Posten, daß die Bilanz durch einen weiteren auch nicht wesentlich verschlechtert wird.

Wie man dementiert. Gegenüber der auch von uns mitgeteilten Meldung einer Cholera-Epidemie in Polen veröffentlicht das Wolffsche Bureau folgende amtliche Erklärung aus Posen:

Die von auswärtigen Blättern verbreitete Nachricht, daß hier die Cholera oder eine choleraähnliche Krankheit herrsche, beruht auf Erfindung. In einem Teile der Unterstadt hat vor einiger Zeit Brechdurchfall grassiert, der zu zahlreichen Erkrankungen führte, gegenwärtig aber bereits im Erlöschen begriffen ist.

Da der hier zugestandene „Brechdurchfall“ nur das deutsche Wort für Cholera ist, so dementiert sich dieses Dementi selbst.

Nachwehen zum Stuttgarter Straßenbahnerstreik. Nachdem das Stuttgarter Stadtpolizeiamt seinen Vorrat an Strafverfügungen zur Sühnung der anlässlich des Straßenbahnerausstands stattgefundenen Ausläufe verbraucht und unbelümmert um das Maß der Schuld unterschiedslos von jedem Betroffenen 36 Reichsmark eingefordert hat, ist die Staatsanwaltschaft dahinter gekommen, daß damit der Staat und die öffentliche Ordnung noch nicht genügend gerettet sind. Sie hat gegen mehrere Teilnehmer an den Ausläufen, die gegen die Streikbrecher unter den Straßenbahnern Pflanz ausgetrieben, auf Grund der §§ 185, 200, 73 des Str.-G.-B. und §§ 152 sowie 153 der G.-O. öffentliche Anklage erhoben. Es ist doch etwas Erhebendes, streikbrecherischer Arbeitswilliger zu sein und sich der ganzen Fürsorge unserer Staatsorgane erfreuen zu dürfen!

Wie aber dabei auch die §§ 152 und 153 der G.-O. herangezogen werden können, ist vorerst unverständlich; denn bekanntlich werden die Straßenbahnschaffner und -Führer nicht als unter Titel VII der G.-O. fallend betrachtet, weshalb auch deren Bestimmungen hier keine Anwendung finden können. Die Rechtsprechung kann freilich auch anders. Und so wird man denn auch wohl erleben können, daß die Verächter der höheren Mission der Streikbrecher innerhalb unseres Gesellschaftslebens auf Grund der §§ 152 und 153 der G.-O. verdonnert werden. Um eine Erfahrung sind alle diejenigen Stuttgarter, welche die staatsanwaltschaftliche Cheuvreitung von Streikbrechern als ein norddeutsches Spezifikum betrachten zu dürfen glauben, richer.

Und wie die Polizei, so ruht auch die Straßenbahndirektion nicht, ihre Position gegenüber den Arbeitern auszunutzen. Wie der Beobachter mittelt, ist das ganze frühere Personal, das früher eine vierstündige Münderung hatte, jetzt ohne Münderungsfrist angestellt. Nun hat die Direktion ihrem Personal auch noch neue „Dienstvorschriften“ unterbreitet, die beweisen, daß die Direktion ihre Angestellten nur als willenlose Wesen betrachtet. Hier nur einige dieser neuen Bestimmungen. Der § 1 der neuen Vorschriften lautet:

Die Verwaltung stellt nur fürpörlisch gesunde, unbescholtene Leute an, welche sich über eine tadellose Führung ausweisen können, auch keinen agitatorischen, das gute Einvernehmen zwischen der Straßenbahngesellschaft und den Bediensteten störenden Vereinigungen

ber Verbänden angehören. — Die Wiederaufnahme Entlassener und Ausgeschriebener findet nur in Ausnahmefällen statt.

Das ist also das Koalitionsverbot in neuer Auflage, dessen aller guten Sinne hochsprachendes Prinzip erst leiblich von Dr. Jastrow bloßgelegt wurde. Der § 6 handelt von der Kaution. Er lautet:

Die Kaution (Schaffner zc. 100 Mk., Wagenführer zc. je 50 Mk.) verfällt der Straßenbahnverwaltung ganz bei gemeinschaftlich verübter (Komplottmäßiger), unberechtigter Arbeitsleistung, bei sonstiger unberechtigter Arbeitsleistung zu einem Drittel des vollen Betrages ohne Schadensnachweis.

Dass die Direktion jeden Streik als unberechtigt und als auf einen Komplotz beruhend betrachtet, darüber braucht man doch kein Wort mehr zu verlieren.

Ein offizielles Schulpatent. Auf dem Gute Jäglack im Kreis Hainburg ist das Schulhaus schon seit Jahren baufällig. Der zuständige Kreisarzt bezeichnete das Gebäude als gesundheitsgefährlich. Darauf erschien der Kreisbauinspektor aus Hainburg und erklärte das Schulgebäude für „labelllos“. Auf eine nochmalige Beschwerde des Lehrers erschien ein königlicher Baurat aus Königsberg, um das Schulhaus eingehend zu untersuchen. Trotz Warnung des Lehrers betrat der Herr die Decke des morschen Bodens. Kaum hatte er einige Schritte gethan, als mit lautem Schall ein Teil der Decke herabsank und der Baurat in der durchbrochenen Stelle stecken blieb; er konnte erst mit Hilfe des Lehrers aus dieser gefährlichen Situation befreit werden.

Nun wird die Schule doch endlich neu gebaut werden, was?

Schaumweinsteuerhinterziehung im Offizierskasino. Aus Stettin wird geschrieben: „Schaumwein, der sich am 1. Juli 1902 außerhalb einer Schaumweinfabrik oder einer Zollniederlage befindet, unterliegt bekanntlich der Schaumweinsteuer in Form einer Nachsteuer. Schaumwein im Besitze von Haushaltungsvorständen, die weder Ausschank noch Handel mit Getränten betreiben, bleibt nach § 31 des Schaumweinsteuergesetzes, sofern die Gesamtmenge 30 Flaschen beträgt, von der Nachsteuer befreit. In Stettin sind rund 48 000 Mk. an Nachsteuer für Schaumwein auskommen, und Schwierigkeiten bei Ermittlung derselben haben sich kaum ergeben, zumal auch Steuerhinterziehung mit der erforderlichen Kulanz verfahren wurde. Indes haben zwei hiesige Offizierskasinos ihre Bestände an Schaumwein für die Nachsteuer nicht bereit gestellt. Sie haben vielmehr diese Bestände den einzelnen Offizieren als Mitglieder des Kasinos bis zu je 30 Flaschen auf ihr Konto geschrieben und dafür Steuerfreiheit beansprucht, obgleich sich der Schaumwein nach wie vor in den Kellern des Kasinos, also in deren Verwahrhaft befindet. Es erscheint kaum zweifelhaft, daß ein solches Verfahren dem Sinne des Gesetzes, speziell der oben erwähnten angeführten Vorschrift deselben, nicht entspricht, und es sind bereits die diesbezüglichen Verhandlungen der höheren Steuerbehörde zur Entscheidung vorgelegt worden. Diese beiden Fälle der Weigerung von Offizierskasinos zur Zahlung der Schaumweinsteuer stehen jedoch nicht vereinzelt da. Auch andere Offizierskasinos haben sich ebenso verhalten und haben vor der Nachsteuerrevision bei den einzelnen Offizieren, sogar unter den Referentoffizieren ihrer Regimenter Umfragen gehalten, ob deren Konto ev. bis zu 30 Flaschen Schaumwein aus den Beständen des Kasinos belastet werden dürfe.

Die Züchtung von Verbrechern. Der 12 jährige Schulknabe K. Jurt aus Cottbus hatte sich in voriger Woche wegen schweren Diebstahls zu verantworten. Der Junge, ein schwächliches Kind, wurde aus dem Centralgefängnis vorgeführt, wo er zur Zeit bereits eine einmonatliche Gefängnisstrafe wegen Diebstahls zu verbüßen hat. Er ist geständig, mit einem verurteilten Schlüssel die Wohnung der Witwe Seidel geöffnet und 1 Mark entwendet zu haben. Der Verteidiger führt an: „Die Mutter des Kindes, die Witwe Jurt, nährt sich kümmerlich, indem sie bei fremden Deuten wäscht, sie kann sich wenig um die Erziehung ihres Kindes kümmern und seine Nahrung bestand größtenteils nur aus Mehlsuppe. Der Junge bleibt die meiste Zeit sich selbst überlassen.“ Das Gericht erkannte unter Zuhilfenahme mildernder Umstände auf 4 Monate Gefängnis.

Begeht man damit an dem Kinde nicht ein viel schlimmeres Verbrechen, als es selbst begangen?

K. Ultramontane Theorie und Praxis gegenüber dem Militarismus. In dem zuletzt erschienenen Heft des in Auftrag der „Wörres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland“ von Dr. Julius Wagem (Köln) herausgegebenen Staatslexikon findet man einen Artikel: Militarismus, der von dem bayerischen Centrumsabgeordneten Siedenberger verfaßt ist. Die Wörres-Gesellschaft ist die Vereinigung der katholischen Gelehrtenwelt, und das Staatslexikon ist das Buch der ultramontanen Weltanschauung, namentlich in politischer Beziehung. Der Artikel Militarismus läßt an Schärfe der Kritik kaum etwas zu wünschen übrig; anders aber sieht es mit der Haltung der Ultramontanen in der Praxis.

Der Verfasser erklärt zunächst den Begriff Militarismus: „Im allgemeinen Sinne Kriegswesen überhaupt, bedeutet er im engeren landläufigen Sinne jenen Zustand des Staates, wo das Kriegswesen auch in Friedenszeiten den unmittelbaren Staatszweck: das öffentliche Wohl, beeinträchtigt, wo durch das Ueberwiegen des Kriegswesens über die anderen Seiten der öffentlichen Thätigkeit der Staat nicht mehr alle Bedingungen erfüllt, die notwendig sind, daß alle Glieder des Staates frei und selbstthätig in ihrem Glücke wirken und es erreichen können.“

Nach einer Uebersicht über die Friedens- und Kriegsstärke der europäischen Heere kommt Siedenberger zu dem Ergebnis: „Die moderne Kriegsrüstung beansprucht also die besten Kräfte der Nation, die schon im Frieden, noch weit mehr aber im Kriege der produktiven Arbeit entzogen werden. Weiter untersucht Siedenberger die Kosten der stehenden Heere, des Wachens der Staatsschuld, die fast nur durch Kriege und Kriegsrüstungen entstehen, und er kommt dabei zu Zahlen, wonach ihm „die Behauptung gerechtfertigt erscheint, daß der Militarismus aus dem Markte des Volkes zehre.“ Zu den volkswirtschaftlichen Schäden rechnet Siedenberger den Umstand, „daß Eltern den Sohn, den Gehilfen bei der Arbeit und Mitherrn einer oft zahlreichen Familie auf Jahre dem Staate abziehen, oder daß Weib und Kinder den Erwerb fortsetzen sehen in den blutigen Kriege, um ihn vielleicht für immer zu verlieren. Dieses Opfer trifft nun weniger die Großen und Reicheren, als die Kleinen und Mittleren, am meisten aber den Landmann.“ Andererseits aber kommen die gewaltigen Militärausgaben vorzugweise den Vertretern des großen Kapitals zu gute. Die Lieferungen für Kleider und Wafnung, die Bauten von Kasernen, Militärspitälern, Zeughäusern, Kriegswerkstätten, Festungen und Kriegshäfen, die Ausrüstung der gesamten Kriegsausrüstung werden

Großunternehmern übertragen Die Last der Abgaben und Steuern wie der persönlichen Dienstpflicht aber drückt vorzugsweise auf den mittleren und kleineren Mann

Wer nun glaubt, daß Siedenberger als Konsequenz seiner antimilitaristischen Darlegungen von seiner Partei aus Gründen der Volkswohlfahrt und Stillschließlichkeit die Verweigerung weiterer Forderungen zu Gunsten des Militärmoths forderte, der ist auf dem Holzwege. Siedenberger schreibt weiter: „Der Militarismus wird von den Regierungen, wie von der Mehrheit der Volksvertretung, damit auch von einem großen Teil des Volkes begünstigt, unterstützt, verlängert, verschärft, folglich für unabwendbar zur Wohlfahrt der Gesamtheit gehalten, obgleich zahlreiche Stimmen sich gegen ihn erheben, seine Gefahren darlegend und die allgemeine Nothlage, die er herbeiführen half, mit Händen zu greifen ist. Die Verhältnisse zwingen eben die einzelnen Staaten, die militärischen Rüstungen ins Maßlose zu steigern.“

Es gab eine Zeit, wo das Centrum bestrebt war, den übermäßigen Militärforderungen Schranken zu setzen. Heute aber ist das Centrum aus einer Oppositionspartei zur Regierungspartei geworden. Die Regierung weiß, daß sie das Centrum heute für alle Forderungen zu Wasser und zu Lande haben kann; sie braucht nur ihre Forderungen um einen entsprechenden Betrag höher zu normieren, den dann das Centrum zur Täuschung der Dummen abstreifen kann.

Bremen, 17. August. Der Senat veröffentlicht ein Projekt des Oberbaudirektors Franzins, betreffend die Herstellung der großen Hafen- und Kanalanlagen für den Winenschiffahrtsverkehr auf dem linken Weserufer in Bremen. Die Kosten sind auf 15 650 000 Mk. einschließlich 3 650 000 Mk. Grunderwerbskosten veranschlagt. Das Projekt soll angefertigt werden, sobald der Mittelplan bewilligt ist. Vorkünftig soll nur die spätere Durchführbarkeit des Projekts durch Grunderwerb zc. seitens des Staates festgestellt werden.

Keine politische Nachrichten. In Brzemyśl wurden zwei Personen, der Gastwirt L. und der frühere Polizeikommissar B. wegen Spionage für eine fremde Macht verhaftet. L. Gasthaus war der Sammelplatz der Unteroffiziere von Brzemyśl, die dazwischen Hazard spielten. Jenen, welche verloren, streckte L. Geld vor; wenn sie es nicht zurückzahlen konnten, ließ sich L. von ihnen geheime Papiere aus den Militärakten ausfolgen. Dieses Treiben wurde von B. als Polizeikommissar begünstigt und beschützt. Mit beiden Spionen wurden auch mehrere Unteroffiziere verhaftet.

Großbritannien.

Ein politisches Wandern.

r. London, 16. August. Gegen die Loslösung der Trade Union von der liberalen Partei intriguierten die Liberalen mit allen Kräften. Das Werkzeug dieser Intriguen ist Sir Charles Dille, der mit den Arbeiterabgeordneten in enger Verbindung steht und ihnen politische Dienste leistet, wie sie unerfahrene Parlamentarier zuweilen brauchen. Mit Hilfe von einigen liberalen Arbeitervertretern hat er ein Komitee gebildet, das die Kandidaten auszuwählen und sie denjenigen Wahlkreisen zu empfehlen hat, die von der liberalen Partei den Arbeitern überlassen werden sollen. Selbstredend wird dieses Komitee nur solche Kandidaten wählen, die mit den Liberalen durch Dill und Dill gehen werden. Ob dieser Intrigue mit Erfolg entgegen gearbeitet werden kann, ist sehr fraglich.

Ein verwahrlohtes Militärkasarett.

Die Londoner Blätter besprechen einen Skandal, der sich vor einigen Tagen ereignete. Der Arzt des Königs Dr. Treves besuchte in Begleitung der Königin unangemeldet das Militärkasarett in Napny, welches sich in einem vollständig verwahrlohten Zustande befand. Die Kranken waren schlecht versorgt und überall zeigte sich große Unordnung. Die Königin drückte ihre Unzufriedenheit in scharfen Worten aus.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Sachsen und die Matrifalarbeiträge. In bürgerlichen Blättern liest man: „Als Bundesstaat im deutschen Reiche hat das Königreich Sachsen bekanntlich von den Zolleinnahmen des Reiches, soweit diese nach der sogenannten Franzosensteuereinkauf der Bundesstaaten überwiesen werden müssen, seinen Anteil zu erhalten; dagegen ist es aber auch zur Leistung von Beiträgen, den sogenannten Matrifalarbeiträgen, verpflichtet, um die Fehlbeträge der Reichskasse zu decken. Vergleichen wir diese Ueberweisungen mit den Matrifalarbeiträgen, so hat Sachsen

Table with 2 columns: empfangen (received) and gezahlt (paid). Rows for years 1898, 1899, 1900, 1901, 1902.

Noch vor zehn Jahren stellten sich diese Zahlen weit günstiger. Damals bezog Sachsen vom Reiche 27 Millionen und zahlte nur 22 Millionen als Matrifalarbeiträge. Früher bekam Sachsen also fünf Millionen heraus, jetzt legt es drei Millionen zu; das macht eine Verschlechterung der sächsischen Finanzen um 8 Millionen Mark im Jahre. Ein so gewaltiger Ausfall macht sich natürlich außerordentlich drückend fühlbar.“

Im sächsischen Staatshaushalt hat sich diese Verschlechterung zwischen den Einnahmen aus den Ueberweisungssteuern und den Matrifalarbeiträgen bisher insofern fühlbar gemacht, als die Staatskasse nur für den Betrag Deckung zu schaffen hatte, um die Ueberweisungssteuern hinter den Matrifalarbeiträgen zurückzulegen. Der Betrag aber, um den die Matrifalarbeiträge die Ueberweisungssteuern überstiegen, wurde aus dem sogenannten Ueberweisungssteuernfonds gedeckt. Wenn dieser Fonds aufgebraucht ist, werden auch die Steuerzahler direkt zur Deckung des Defizits in Anspruch genommen werden müssen. Angesichts unserer sächsischen Finanzlage allerdings gerade keine erfreuliche Erscheinung!

Keine Versammlungen mehr für Minderjährige?!

Von einer prächtigen Anwendung der Minderjährigenbestimmung unseres „Zwölfs“ lesen wir in der Sächsischen Arbeiterzeitung: „Anlässlich einer Agitationstour des sächsischen Holzarbeiterverbandes fand auch in Wildbuck eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Unsere Ziele und unsere Taktik, Gewerkschaftliches, um die Verbandsmitglieder mit den auf der letzten Generalversammlung beschlossenen Bestimmungen des Statuts bekannt zu machen. Geht nun aus der Tagesordnung ohne weiteres hervor, daß die Versammlung eine rein gewerkschaftliche sein sollte, so war man sehr erstaunt, daß der überwachende Registrator Jäger die Versammlung für eine politische erklärte und die Ausweisung der Minderjährigen verlangte, obgleich der Referent über dieses Thema bereits in drei Versammlungen gesprochen, ohne daß ein Ueberwachender zur Auffassung des Herrn Jäger kam. Erst diesem

blieb es vorbehalten, den Berliner Redner mit den Vorzügen des sächsischen Versammlungsgesetzes bekannt zu machen. Auch beim zweiten Punkte der Tagesordnung gestaltete der Registrator — der, neubeide bemerkt, wohl das erste Mal als Ueberwachender fungierte — nicht, die Minderjährigen zuzulassen. Wegen diese Anordnung wurde Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft Meißen geführt, die nun beschloffen hat, die Beschwerde zurückzuweisen, sich also die mit dem Gesetz doch keinesfalls in Einklang zu bringenden Ansichten des Ueberwachenden zu eigen gemacht hat. Der Beschwerdeführer hat sich aber bei diesem Bescheid nicht beruhigt, sondern die Amtshauptmannschaft Dresden veranlaßt, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Hoffentlich belehrt diese die Unterbehörden, daß das Versammlungsrecht der Arbeiter nicht von der Auffassung eines Ueberwachenden abhängig ist. Denn das Verfahren des Herrn Jäger, der wohl nicht recht mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen vertraut zu sein scheint, läuft auf nichts weniger als auf eine völlige Ausschaltung des Versammlungsrechts für die Minderjährigen hinaus.

m. Dresden, 17. August. Ein wüstes Bild von Soldaten-

Schänderei entrollte die Verhandlung gegen den 1876 zu Peterwitz (Kreis Zauer) geborenen Buchhalter und jetzigen Unteroffizier Gustav Richard Ewald Hoffmann von der 9. Compagnie des 4. Infanterie-Regiments Nr. 103 in Wangen, die am Sonnabend vor dem Kriegsgericht der 3. Division Nr. 32 stattfand. Eines Tages Anfang Dezember v. J. ließ der famose Rekrutenerzieher abends nach beendeten Dienst, obwohl dies unterlag war, den Rekruten Wosky, einen körperlich schwerfälligen und geistig sehr beschränkten, sonst aber willigen und fleißigen Menschen, zum Gewehrreden antreten, das in der Mannschafsstube stattfinden sollte. W. mußte sich auf Befehl seines Korporalschäfers mit dreifacher Kleidung versehen. So mußte er sich den Drillrock, Luderock und Mantel anziehen und die Fingerhandschuhe und Ohrenklappen anlegen, sich dann an die Luftheizung stellen und mit zwei Gewehren Gewehrreden abgeben. Als die Kräfte des Armesen zu versagen drohten, wurden die Exercitien mit einem Gewehr fortgesetzt. Den Heizer hatte der Soldatenschänder beauftragt, täglich warme Luft durch die Heizung gehen zu lassen. Natürlich dauerte es nicht lange, so schwigte Wosky am ganzen Körper. Er hatte wohl schon bis 300mal das Gewehr gestreckt, als dem Herrn Unteroffizier die Luftheizung zu wenig Wärme abgab. Schnell wurden die Uebungen abgebrochen und Wosky nach einer anderen Mannschafsstube geschleppt, wo am geheizten Ofen das Gewehrreden fortgesetzt wurde. Man steckte hier dem Gepöhligen auch noch eine brennende Tabakspfeife in den Mund. Das Gewehrreden dauerte so lange, bis W. vollständig erschöpft war. Während er endlich zu weinen anfang, machten sich der Angeklagte und andere Unteroffiziere über das widerwärtige Schauspiel lustig. Insgesamt soll W. bis 400mal das Gewehr gestreckt haben. Aber auch bei anderen Gelegenheiten hat sich der Angeklagte an denselben Soldaten thätlich vergangen. Bei einer Schranzbuchführung fehlte in Woskys Helm der Namenszettel. Während sich ihm hierauf der Unteroffizier den Helm vom Kopfe und gab ihm einen Stoß vor die Brust, daß W. in seinen offenstehenden Schrank taumelte. Der Stoß war mit solcher Wucht geführt worden, daß sich der Unteroffizier dabei den Arm ausgerenkt hatte. Beim Exercieren verfehlte ihm der rothe Patron einen Faustschlag ins Gesicht, daß die Nase sofort heftig blutete und bei einem Nachschauenappell in der hiesigen Artilleriekaserne schlug ihm der Unteroffizier mehrere Male die Hufe, die einige Zeitflecke aufwies, ins Gesicht. Wie die Verweisdauaufnahme ergab, ist Wosky derart beschränkt, daß er schon längere Zeit auf seinen Geisteszustand hin untersucht und seine Entlassung vom Militär beantragt worden ist. Warum diese nicht erfolgt ist, darüber ergab die Verhandlung nichts. Bei seinem Dienst-eintritt verstand W. kaum ein Wort deutsch. Der Angeklagte wurde wegen Mißhandlung und vorchriftswidriger Behandlung eines Untergebenen, begangen zum Teil während des Dienstes, zu 2 Monaten 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Eine recht mäßige Strafe gegenüber solchen unerhörten Quälereien!

g. Halle a. S., 17. August. Ein Freistag, der durch

Vertreter von 18 Ortschaften besucht war, fand heute hier im Saale zum Weihen Roß statt. Bei dem Bericht der Vertrauensmänner wurde besonders über Soalabtreiberwien Klage geführt. Amts- und Ortsvorsteher drohen Wirten, die ihren Saal zur Verfügung stellen, mit der Polizeistunde. Maßregelungen und aller Art skandalöse Mittel werden angewandt, um die Parteigenossen, die in kleinen Orten in den Vordergrund treten, unendlich zu machen. Trotz alledem schreitet aber die Bewegung vorwärts.

Ueber die Thätigkeit des Reichstages referierte der Abgeordnete des Saalkreises, Genosse Fritz Kunert. Nach dem mit großen Beifall ausgenommenen Vortrage wurde eine Resolution angenommen, in der man sich mit der Thätigkeit des Genossen Kunert im Reichstage vollständig einverstanden erklärte. Einstimmig wurde dem Genossen Kunert für die Neuwahlen des nächsten Jahres die Kandidatur für den Saalkreis übertragen. Ueber den Punkt Presse sei mitgeteilt, daß gegen den Redakteur Genossen Weichmann neuerdings ein Verfahren wegen Falschbildung der preussischen Arme und Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen anhängig gemacht worden ist. Zum 1. September tritt der Kreis Sangerhausen in den Verbreitungsbezirk des Volksblatts ein. Als Delegierter zum Parteitag wurde Genosse Gerg gewählt.

g. Halle a. S., 16. August. Nach Kühnemannschem

Muster wurden heute abend 27 Metallarbeiter der Lindnerischen Wagenfabrik in Ammendorf ausgesperrt. Herr Lindner hatte seine Arbeiter, die sich infolge der schlechten Verhältnisse, die in seinem Betriebe bestehen, im Deutschen Metallarbeiterverbande organisiert hatten, zum Austritt aus der Organisation aufgefordert eventuell Entlassung angedroht. Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes wollten nicht nach Freierabend arbeiten, da es in der Zeit der Krise genügend Arbeitslose giebt. Es wurden auch sieben Unorganisierte, die an zwei Tagen die Ueberarbeit verweigert hatten, mit entlassen, und 13 Entlassene wurden wegen Verweigerung der Ueberarbeit noch mit Strafen von je drei Mark belegt. Bei der Lohnzahlung waren zwei Gendarmen thätig, die schon seit längerer Zeit vor dem Fabrikgrundstück Posten gestanden hatten. Die Metallarbeiterorganisation wird zu der Sache Stellung nehmen und jedenfalls wird es Herrn Lindner trotz der Krise so schwer wie möglich gemacht, seine brutalen Pläne durchzusetzen.

Dazu eine Beilage.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Montag den 18. August: 211. Abonn.-Vorstellung (3. Serie, weiß): Die lieben Feinde.

- Herr Leopold von Hutten, Minister, Grafin Ulrich, Oberhofmeisterin, von Bixfeld, Oberhofmeisterin, Käpffe, Edvard Weidenberg, Regierungsrat, Gertrud, seine Tochter, Professor Otto Namburg, Bildhauer, Mathilde, seine Frau, Baronin Helene von Brerau, Paul von Nordberg, Adjutant des Fürsten, Luise, Dienstmädchen beim Rat Weidenberg, Ein Diener der Oberhofmeisterin.

Das Stück spielt in einer kleinen Weideng- und Universitätsstadt. Kaufe nach dem 1. Akt. Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Schauspiel-Vorverkauf an der Tageskasse von 10-3 Uhr. Bilet-Vorverkauf für den nächsten Tag von 1-3 Uhr. Jedes Bilet, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 30 Pfg. Aufgeld.

Altes Theater. Montag den 18. August: Geschlossen. Spielplan: Dienstag: Zum erstenmal wiederholt: Der Herr Hofrat. Anfang 7/8 Uhr. - Mittwoch: Geschlossen. - Donnerstag: Fadviga. Anfang 7/8 Uhr. - Freitag: Geschlossen. - Sonnabend: Das süße Mädel. Anfang 7/8 Uhr.

Bericht über die Leipziger Produkt-Börse.

Table with 3 columns: Product Name, Quantity, Price. Includes items like Weizen per 1000 kg netto, Roggen per 1000 kg netto, Gerste per 1000 kg netto, Hafer per 1000 kg netto, Mais per 1000 kg netto, Oelsaat per 1000 kg netto, Rapakuchen p. 100 kg netto, Ribbel rohes p. 100 kg netto, frei Haus hier ohne Fass ruhig.

Table with 2 columns: Product Name, Price. Includes items like Malz per 100 kg netto, Wicken per 1000 kg netto, Erbsen per 1000 kg netto, Bohnen per 100 kg netto, Kleeblatt per 100 kg netto.

Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgegend notieren: Weizenmehl Nr. 00 24.00, Roggenmehl Nr. 0 21.50, per 100 kg " 0 21.50-22.50, per 100 kg " I 19.00-19.50, exkl. Sack " II 17-17.50M, Weizenschalen 9.50-10.00M.

Rüchzettel der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag: Speiseanstalt I (Johannplatz): Bissen mit Schweinefleisch, Speiseanstalt II (Klosterhofgasse): Kartoffelsuppe mit Schöpfenfleisch.

Veranstaltungskalender. Montag: Metallarbeiter, Garmachern, Gemeinderat. Abends 8 Uhr. Städt. Konsumverein. Goldener Löwe. Abends 8 Uhr. Dienstag: Bauarbeiter. Coburger Hof, Windmühlenstr. Abends 8 Uhr. Bildhauer. Ulrichs Bierpalast, Peterssteinweg. Abends 8 Uhr.

Das Anknüpf-Bureau für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall-, Alters- und Invalidenrenten befindet sich im Coburger Hof, Windmühlenstraße 11, 1. Etage.

Bau- und Möbeltischler Werkstatts-Delegierte.

Dienstag den 19. August abends 8 Uhr. Versammlung im Coburger Hof. Die Kollegen werden ersucht, dafür zu sorgen, daß jede Werkstelle vertreten ist. Die Sektionsleitung.

Achtung, Töpfer! Mitgliederversammlung in Stadt Gotha, Fleischerstraße. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. [7461] Das Erscheinen aller ist Pflicht. D. V.

Achtung, Stuckateure!

Mittwoch den 20. August abends 6 Uhr. Öffentliche Versammlung im Restaurant Martin, Seeburgstraße 84. Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Stuckateure zu ihrem Tarif. 2. Fensterfrage. 3. Gewerkschaftliches. Kollegen! Wir machen es Euch zur moralischen Pflicht, zu erscheinen. [7453] Das Agitationskomitee.

Achtung! Steinarbeiter. Achtung!

Mittwoch den 20. August abends 7/8 Uhr. Öffentliche Versammlung im Römischen Hof, Mittelstraße. Tagesordnung: 1. Berichterstattung von der Statistik. 2. Abrechnung vom Sommerfest. 3. Gewerkschaftliches. Zahlreiches Erscheinen erwartet. [7462] Der Vertrauensmann.

Burgkeller, Leipzig-Plagwitz.

Zeigt hierdurch ergebenst an, daß ich am heutigen Tage oben genanntes Restaurant übernommen habe. Werde jederzeit bemüht sein, durch gute Speisen und wohlgepflegte Biere meine werten Gäste zufrieden zu stellen. Gesellschaftszimmer und Billard stehen zur Verfügung. Hochachtungsvoll Theodor Barth. [7465]

Wahre Mutterliebe äußert sich darin, daß den Kindern, besonders den Kranken, nur die erprobt gesundeste Nahrung verabfolgt wird, wie als solche Garms' Leipziger Chalyssa-Hafersgries auch ärztlich anerkannt ist. Für rheumatische und schwächliche Kinder: Nährsalz-Hafersgries. Man achte jedoch stets auf die Verabfolgung in Originalpacketen mit dem gel. gechl. Waarenzeichen „Chalyssa“, sowie bei eventuellem Scheitern der Heilung mit anderen Fabrikaten, auf den eigenen fleischfarbenen Waarenzeichen des Chalyssa-Hafersgries. Sanitäts-Anstalt „Chalyssa“, Rathausring 1, I. und Vorort-Filialen.

Advertisement for Jos. Gremmer's Wwe. Landshut, Bayern. Erste und älteste Brasiltabakfabrik. Brasilienpfeifentabak per Pfd. Mk. 1.70, Mk. 1.50 und Mk. 1.30. Von 6 Pfd. an franco. Stanol-Packete zum 10 Pfg.- und 5 Pfg.-Verkauf. Beste und vortheilhafteste Bezugsquelle.

Kartoffelausgabe in Lindenau. An der Demmeringstr., hinter dem Gute der Westend-Baugesellschaft, werden Kartoffeln rutenweise täglich ausgegeben. [7448] Franz Hagenguth, Lindenau.

Advertisement for free hours: Die Austräger d. Leipz. Volkszeitung besorgen die Wochenschrift: In freien Stunden. Romane, Erzählungen für das arbeitende Volk. à Heft 10 Pfg.

Advertisement for white potatoes: Weiße Kartoffeln werden täglich von früh 7 Uhr, Sonntags von 11 Uhr an ausgegeben am Gundorf-Schöner Pfaffenwege. Rittergut Gundorf. Dr. Rudw. präsm. Kanarienvogel, Pracht u. billige Käfige, hochf. Sommerkäse, 5 Pfd. 1.10 Mk., sowie a. Sorten pr. Vogelfutter, Ameisenfänger, Wehsw., ital. Goldf. emp. Max Kraft, Poststr. 18. Warzen und Gewüchse befeitigt: Ernst Ulrich, Barbier, Ede Rolfes- und Brandvorwerkstr.

Advertisement for S. Osswald: Bettstelle mit Matratze, Schränke, Vertikos, Kommoden, Küchenschränke, Sofas, Divans, Chaiselongue, Spiegel, Kinderwagen, Uhren, Regulatoren. 5 Mark Anzahlung nur bei S. Osswald. Königsplatz 7, I. vis-à-vis der Parkhalle.

Advertisement for Der Wahre Jakob: Die Austräger d. Leipz. Volkszeitung besorgen die Witzblätter. Der Wahre Jakob 10 Pfennige, Südd. Postillon 10 Pfennige, Neue Glühlichter 10 Pfennige, Simplicissimus 15 Pfennige.

Advertisement for N. Fuchs Leipzig: Circa 1500 Herren-Anzüge moderne, Damen-Umhänge, Jacketts u. Paletots. Anzahlung von 5 Mark an nur bei N. Fuchs Leipzig. Kurprinzstr. 18, I.

Neugebauer, stad. gebild., staatl. nicht gepr. prakt. Praktikant b. Homöopathie u. Naturheilmethode, früher an Dr. Willm. Schwabes Poliklinik, behdt. u. langj. Erf. Geschlechtskrankh., d. N. u. Fr., Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Haut-, Leiden, Krampfadergeschwüre u. mit nachweislich vorz. Erfolgen. Königsplatz 1. Sprecht. 9-2, 5-8, Sonn. 10-1; u. ausw. briefl.

Advertisement for Möbel Konkurs-Ausverkauf: Leipzig - Battenberg. Nr. 32 Tauchaer Str. Nr. 32. bietet die erdenklich günstigste Kaufgelegenheit.

Advertisement for Luftschläuche Mk. 4.- Laufdecken 7.50 unter voller Garantie. Zubehör und Ersatzteile bei guter Qualität äußerst preiswert. Fahrradklarer Leipzig, Eisenstraße 12. Reparatur-Werkstatt mit Dampftriebwerk für alle Systeme.

Advertisement for Reparaturen an Uhren jeder Art, nur streng solide Ausführung und unter Garantie bei Gustav Kaniss Uhrmacher, Tauchaer Straße 6.

Advertisement for Käufe und Verkäufe: 1 pracht. Bettstelle, Matratze, Ober-, Unterbett u. Kissen, zusammen für 28 Mk. sof. zu verkaufen Brühl 46/48, Vorderb. Sohrank 20, Sofa 20, Bettst. m. Matr. 16, Küchenschr. 12, Stühle, Tisch, Tischl. u. Stuhl. 9. Damenkleider, Wäsche u. bef. Herrschaften bis zu verl. Plagwitz, Mühlentstr. 31 I. Weißes Wäschebündel billig zu verkaufen Plagwitz, Weissenfeller Str. 54, III. r. Prima Laufdecken 6.50 Mk., Prima Luftschläuche 5 Mk. Reparaturen an Fahrrädern schnell u. bill. Schneider & Seidel, Kurprinzstr. 6, I.

Advertisement for Mess-Muster: Handkoffer, Küchenartikel, Servierbretter u. Brandmaterielartikel spottbillig zu verkaufen. Nur noch Dienstag u. Mittwoch. Mertens, Schloßgasse 24, I. I.

Advertisement for Sweaters: werden nach wie vor billig verkauft von der Fabrik Weststrasse 67, pt. 10 St. geb. Singer-Nähmaschinen sowie mehr. Schneider- u. Schuhm.-Wäsche, billig zu verl. Mühlentstr. 20, S. I. I. Ein 100-klav.-töniges Bandoneon billig zu verl. Volkst., Mariannenstr. 100, p. r. Sehr wenig gel. Halb-, noch wie neu, zu verl. Kleinfischer, Luthertstr. 12. Hand- u. Leiterwagen, Pl., Bachstr. 31b. Sportwagen zu verkaufen Lindenau, Gutsmuthsstr. 44, S. I. I. Neu vorgefertigter Schwagen billig zu verl. Lindenau, Hohe Str. 17, p. r. Güterh. dauerh. Kinderw. m. Gummi. bill. u. verl. Reußh., Lindenauer Str. 34, III. r. Junger schwarzer Bären-Spitz, wachsam, stubenr. bill. u. verl. Erbmannstr. 15, II. Kleine Holzbrechbank zu kaufen gesucht Lützenbergweg 70, pt. Gelesene Romane zu kaufen gesucht. Off. mit Preis erb. Körnerstr. 6, III. II. Wer schnell eine Stellung in der Schweiz oder in Frankreich finden will, wende sich an die Agentur David in Genf. [6181]

Stötteritz. Richtigstellung. Meine Veröffentlichung in Nr. 188 d. Bl. bezieht sich nur auf m. Frau Emma geb. Ettig und hat mit F. Ettig gar nichts zu thun. Den anonymen Brief schrieb eine gewisse W. K., Hauptstr. 61. Er war - sonderbar genug - mit K. unterzeichnet, wurde deshalb dem verurteilten K. zugeschrieben und bildete für diesen eine Hauptbelastung. Durch einen Schriftvergleich wurde der Kniff aufgedeckt. Für alle meine Ausführungen übernehme ich jede Verantwortung. Schluß der Debatte für mich. [7460] Wahren, d. 18./8. 02. P. Jobst.

Wohnungsanzeigen.

1/1 Et., der Neuz. entspr. eing. tap. Stimmer, altb. Ofen u. bgl. 1./10. u. Pl. Brautstr. 80. 8 schöne ger. Logis sof. o. spät. f. 200-280 Mk. u. um. Leislich, Ede Grenz- u. Querstr. 4. Schöne Wohnungen per 1./10. zu vermieten. Lindenau, Weisenburger Str. 80. Stütz, Karl Härtling-Straße 7. Wohnungen zu 270-300 Mk. per sofort ob. später zu verm. Näb. bei Bolter Knabe, Karl Härtling-Str. 9 (Neubau). [6881] Ger. Familien-Logis z. 1./10. zu verm. Lieberwolkswitz, Zudelfanger Straße 71. Kl. Wohnung mit Garten u. Stall für 180 Mk. z. 1./10. u. um. Bahnst. Seebentisch 82. Leere 1st. Stube zu vermieten. Neubitz, Teubnerstraße 8, IV. Knautzberg st. Logis p. 1./10. u. um. Näb. daf. Hauptstraße 44 beim Gärtner. Leere Stube mit Ofen zu vermieten. Volkmarndorf, Ewaldstraße 4. Leere 1st. Stube zu vermieten. Au erfr. Kleinsch., Plagwitzer Straße 75. Stube, Kammer, Küche an einz. Leute zu vermieten. Volkst., Ewaldstr. 20, I. Leere 1st. St. Stube m. Kaminofen sofort zu verm. Pl., Bettnerstr. 88, III. r. Leere Stube zu vermieten. Leipzig, Grohmannstr. 5, p. Leere Stube p. 1./9. an ältere Frau zu vermieten. Go., Dorotheenstr. 15, S. I. I. Einf. aber sauber möbl. Zimmer v. Herrn im Westen gef. Off. u. A. B. 100 Exp. d. Bl. Freundl. Stube f. 2 Herren od. Mädchen zu vermieten. Brautstraße 6, IV. r. Leere Stube und Schlafstelle zu vermieten. Knautzberger Straße 31, I. r. Febl. Schlafstelle f. 1 Mädch. od. Herrn zu vermieten. Pl., Mühlentstr. 44, II. I. Bessere Schlafstellen für Herren oder Damen. Eisenbahnstraße 85, II. R. Freundliche Schlafstelle zu vermieten. Anger, Feltzstraße 28, III. I.

Vermischte Anzeigen.

Rohegürtler findet dauernde Beschäftigung bei W. Wolke, Lampenfabr., Rohlgartenstr. 10. 1 Kind wird tagsüber in gute Pflege genommen. Volkmarndorf, Luisenstr. 20, II. I. Wäsche zum Plätten wird angenommen. Pl., Weisenburger Str. 82, III. Schneider. 1 Gebund Schlüssel in Lindenau gefunden. Abgehoben Gohlis, Brautstr. 16, III. I.

Familienanzeigen. S. Ober-Kom. V. Stöcker z. Geburtst. d. best. Wünsche. Heiterkeit Schwerk. Nach. Gratuliere meinem lieben Mann Max Hillmann zum 32. Geburtstag. W. Unf. Lieb. Vater F. Jahn d. b. G. d. b. G. Mutter, Christian, Wolfgang, August u. Paul. Unf. Freund Th. Meyer die besten Wünsche zum Geburtstag. E. u. B. R.

Sachter Verbandstag des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

T.-K. Offenbach a. M., Donnerstag den 14. August. Vormittags-Sitzung.

Auch in der heute fortgesetzten Diskussion über Punkt 3 der Tagesordnung: Einführung der Arbeitslosenunterstützung, konnten neue Momente nicht mehr ins Feld geführt werden.

Lang-Frankfurt ist Gegner aus Prinzip, weil er die Regelung der Arbeitslosenunterstützung für eine Sache des Staates hält. Daß durch derartige Institutionen der Klassenkampfcharakter einer Gewerkschaft verwischt wird, beweist der Umstand, daß ein Frankfurter Gewerkschaftsbeamter sich gewagt hat, Amier in der Partei zu übernehmen. Die gelehrten Arbeiter spüren die Arbeitslosigkeit stets weniger, als die ungelahrten.

Engelbrecht's-Flensburger ist für die Einführung, weil er behauptet, daß im anderen Falle eine größere Zahl von Mitgliedern dem Fabrikarbeiterverbande den Rücken wenden und anderen Verbänden sich anschließen, welche diesen Unterstützungsweig ein-geführt haben.

Ein genügend unterstützter Antrag verlangt über die Ent-scheidung der zur Verhandlung stehenden Frage namentliche Ab-stimmung.

Kurz vor 12 Uhr wird ein Schlusstratag angenommen, dem-selben noch eine Flut von Bemerkungen mehr oder weniger per-sönlicher Natur folgen.

Schluss 12 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

In seinem Schlusswort weist Frey zunächst die Angriffe zurück, welche eine gewisse Anzahl an Gründen in der Begründung ge-macht haben. Der Vorstand hatte lediglich auf Beschluß zweier Verbandstage die Arbeitslosenunterstützung in die Wege zu leiten, seine grundsätzliche Stellung in dieser Frage brauchte nicht mehr betont zu werden. Wir hätten im Vorhinein lediglich das und vorliegende Material zu bearbeiten und weiter nichts. Vor allen Dingen müßten wir den Anschein vermeiden, als wollten wir ge-wissermaßen die Durchschneidung der Unterstützung beweisen. Ist unser Material nicht beweiskräftig genug, so tragen daran jene Zahlen die Schuld, welche uns nicht einwandeln. Bezüglich der Landarbeiter sei es freilich richtig, daß dort die Arbeitslosigkeit in großen Perioden des Jahres vorhanden ist. Aber das könnte kein durchschlagender Grund gegen die Einführung der Unter-stützung sein. Der Vorstand würde nicht gerne die Aufgabe über-nehmen, im Falle der Urabstimmung den Mitgliedern die Annahme der Arbeitslosenunterstützung mündgerecht zu machen. Er ist der Meinung, daß der Verbandstag nichts anderes zu thun hat, als die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Die Abstimmung ist eine sehr verantwortungsvolle, denn jeder einstimmige Beschluß wird auf der anderen Seite Widerspruch hervorrufen. Man werde daher klug thun, die vorhandene Klut zu überbrücken zu suchen. Es liegt einmal im Wesen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Der Fabrikarbeiter-verband wird daher nicht gut allein stehen können. Er betrachte alle Unterstützungsweige des Verbandes lediglich als Kampfmittel von sozialer Wirkung. Soviel ist sicher, es ist Pflicht eines jeden Verbandskollegen, die gefassten Beschlüsse mit Feuerkraft zu vertreten, gleichviel, wie sie ausfallen. Das erfordert das Soli-daritätsprinzip. Lokale Arbeitslosenunterstützung sei vom Uebel. Er will entgegenkommend sogar den Hamburger Antrag auf Ur-abstimmung annehmen, vorausgesetzt, daß die Hamburger Delegierten sich mit der einfachen Majorität begnügen. (Zustimmung.) Aus Kompromissen setzt sich die Politik zusammen. (Heiterkeit.)

Der Verbandstag tritt in die verzwelte Abstimmung der ganzen Materie ein. Es wird mit 51 gegen 14 Stimmen be-schlossen, daß über die Frage der Arbeitslosenunterstützung eine Urabstimmung vorzunehmen sei. Diese hat sich auf Kranken-unterstützung nicht zu erstrecken und wird mit einfacher Majorität entschieden. Die Urabstimmung ist vom Verbandsvorstande im November d. J. vorzunehmen. Im Falle der vorausgesetzlichen Annahme der Arbeitslosenunterstützung hat die Beitragserhöhung am 1. April 1903 und der Beginn der Auszahlung der Unter-stützung am 1. Oktober 1904 stattzufinden, d. h. also nach 1 1/2-jähriger Karenzzeit. Auf Antrag Wandbeck sind für diesen Unterstützungsweig von männlichen Mitgliedern 10 Wfg., von weiblichen 5 Wfg. wöchentlich zu erheben. Die Unterstützung ge-langt von der zweiten Woche der Arbeitslosigkeit an gerechnet für höchstens 42 Tage in 52 aufeinanderfolgenden Wochen zur Aus-zahlung und beträgt bei einer Mitgliedschaft

Table with 4 columns: von Wochen, für männliche Mitglieder pro Tag, für weibliche Mitglieder pro Tag, and a second set of columns for the same categories. Values range from 1.00 to 3.90.

Die Gesamtsumme der in 52 aufeinanderfolgenden Wochen zu gewährenden Unterstützung darf jedoch für die erste Gruppe 42.— bis 54.00 Mk. und für die zweite 21.— bis 27.30 Mk. nicht übersteigen. Weitere Unterstützung giebt es im Falle des Aus-gesessenseins erst nach einer Karenzzeit von 52 Wochen. Eine wegen Arbeitsmangel in einem Betrieb erfolgte Einschränkung der Arbeits-zeit oder ein teilweises Aussetzen der Arbeit gilt nicht als Arbeits-losigkeit.

Die vorstehenden Sätze gelten auch für die Reiseunterstützung. Der Magdeburger Antrag betreffend Krankenunterstützung wird abgelehnt, und damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Nunmehr erstattet die Neuen-Kommission über ihre Tätigkeit Bericht. Sie schlägt die Anstellung von vier besoldeten Gau-vorständen vor, die vom Vorstande zu ernennen sind. Die über diese Vorschläge eröffnete Debatte dauert bei Schluss des Berichtes (nach 1/2 Uhr abends) noch fort.

Dreizehnter deutscher Mechanikertag.

g. Halle a. S., 15. August.

Die Gesellschaft für Mechanik und Optik, jene Unternehmern-organisation, die durch das arbeiterfreundliche Wirken des bekannten Professor Abbé von Jena in derselben die Öffentlichkeit wiederholt beschäftigt hat, hielt heute im Sitzungssaal des Stadt-verordnetenkollegiums ihre Generalversammlung ab. Die Mit-gliederzahl ist seit der letzten in Dresden abgehaltenen Versamm-lung von 518 auf 534 gestiegen. Der Regierungspräsident ist vertreten durch den Regierungsdirektor Tiele, die Handwerks-kammer zu Erfurt durch den Abgeordneten Jakobstötter. Ferner sind Vertreter der physikalisch-technischen Reichsanstalt, der Württem-bergschen Centralstelle für Handel und Gewerbe, der Gewerbe-kammer Leipzig u. anwesend. Die Teilnehmerliste weist etwa 80 Personen auf.

Ueber den Zolltarifgesetzentwurf und die bisherigen Maßnahmen des Vorstandes gegenüber demselben referierte der Vorsitzende Dr. Krüß-Hamburg. Seit Jahresfrist werde die Bevölkerung durch die Ansprüche der Agrarier und die Zurück-setzung anderer Erwerbsklassen in Aufregung gehalten. Schon die vorige Generalversammlung habe gegen den Zolltarif Stellung genommen und eine Petition an den Reichstag gesandt. Die nun der Regierung zur Begründung der Zollfrage vorgelegte amtliche Statistik sei vollständig unbrauchbar gewesen. Die Gesamt-ausfuhr wurde bedeutend höher, als angegeben wurde. Allein die Firma Karl Zeiß in Jena habe mehr Instrumente exportiert, als da insgesamt in der Vorlage vorgesehen waren. Die Zollfreiheit sei eine Lebensfrage und erscheine notwendig, um Repressalien des Auslandes zu vermeiden. Von einem Wettbewerb des Aus-landes könne gar keine Rede sein. Deutschland könne schon infolge der billigen Mechanikerlöhne erfolgreich operieren. Wenn man die deutsche Industrie schützen wolle, so sei der Zoll das allerbeste Mittel. Die Abgeordneten Göttsche, Wolfen-buhr u. seien am 7. August mit Erfolg für die Zollfreiheit gewisser wissenschaftlicher Instrumente eingetreten, und der dreizehnte Mechanikertag möge der Zolltarifkommission für den Beschluß vom 7. August den Dank abtun. Die Versammlung ist damit einverstanden und verpflichtet, auch bei der Erneuerung der Handels-verträge ihren Einfluß geltend machen zu wollen.

g. Halle a. S., 16. August.

Professor Abbé von Jena hatte recht, als er auf dem letzten Mechanikertage in Dresden gelegentlich der abfälligen Beurteilung seines Vortrages über die Verhinderung der Arbeitszeit seinen Kollegen zurief: „Behalten Sie nur Ihre veralteten Einrichtungen bei, leben Sie ruhig in Ihrem Aberglauben weiter, daß die Verhinderung der Arbeitszeit Ihnen Schaden bringt und Sie werden immer weiter zurückbleiben.“ Von dem frischen fröhlichen Zug, den Professor Abbé im Interesse der Gehilfen in seine Unternehmern-organisation Gesellschaft für Mechanik und Optik hineinzubringen versuchte, war heute nichts mehr zu verspüren. Bekanntlich wurden die Abbé'schen Anregungen im Vorjahre heftig bekämpft und die Kollegen riefen ihrem Ehrenpräsidenten entgegen, sie wollten Herren im eigenen Hause bleiben. Auf Vorschlag eines Herrn Sartorius-Wöttingen wurde damals beschlossen, die Regelung der Gehilfen-frage aus dem Programm der Gesellschaft für Mechanik und Optik zu streichen und der freien Vereinbarung zu überlassen. Herr Abbé war zum diesjährigen Mechanikertage nicht erschienen und Gehilfen waren ebenfalls nicht vertreten. Bei dem Antrag betreffend die Gehilfenfrage warnte der Vorsitzende Dr. Krüß davor, die Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten von der vorigen Ver-sammlung auszurollen. Es wurde auch heute keine Diskussion über den Punkt beliebt und nur in einer Resolution erklärt, daß die Bestimmungen der Satzungen, die von der Gehilfenfrage sprechen, nicht so zu verstehen sind, daß die Deutsche Gesellschaft befugt ist, Beschlüsse über Arbeitszeit und Arbeitslöhne, die für die Mitglieder bindend sind, zu fassen. Dagegen soll es aber zu den Befugnissen der Deutschen Gesellschaft gehören, über An-regungen und Meinungsäußerungen betreffend der Gehilfen-frage zu beraten und zu beschließen. Die Lehrlingszählerei wurde

teils eingeräumt und es wurde auch zugegeben, daß die Zeit da sei, wo man über die Gehilfenfrage nicht so nolens volens hinweggehen könne. Von den Abbé'schen Anregungen war aber nichts mehr vor-handen.

Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter-partei in Oesterreich.

Kuffig a. d. E., 15. August 1902.

Vormittags-Sitzung.

Zunächst wird eine Synopsenberichterstattung für die streikenden galizischen Landarbeiter angenommen.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergiebt die An-wesenheit von 110 Delegierten.

Es folgt als nächster Punkt der Tagesordnung: Der öster-reichisch-ungarische Ausgleich. Berichterstatter ist W. Ellenbogen: „Glückliches Oesterreich, als Schlachten-gevinner hast du dich zwar nicht behauptet, aber etabliere dich als Heiratsbureau.“ Dieses Wort erklärt den ganzen Charakter des österreichischen Staates. Oesterreich ist ein Sammelsurium von Heiratsgütern. 1849 wurde die ungarische Unabhängigkeit zwar mit lokaler Hilfe unterdrückt, aber die Reaktion mußte schließlich vor der ungarischen Unabhängigkeitsidee kapitulieren. Und als 1867 der Ausgleich zwischen Ungarn und Oesterreich ab-geschlossen wurde, war Ungarn in der günstigsten Position. Neben-giebt eine eingehende Darstellung der Delegationen, die die gemein-samen Angelegenheiten Oesterreichs und Ungarns zu beraten haben. Die Delegationen sind ein Hohn auf alle parlamentarischen Begriffe. Wir Sozialdemokraten sind mit dem Dreibund insofern einverstanden, als er eine Friedenspolitik betreibt und weil wir überhaupt dafür sind, daß sich die größeren Staaten zusammen-schließen. Aber die Dreibundspolitik wurde nur wegen der Ungarn geschlossen, die in Rußland den Erbfeind sehen. So konnte Graf Andrássy mit berechtigtem Stolz sagen: Ungarn ist der maßgebende Faktor der Monarchie.

Verhängnisvoll ist der Einfluß Ungarns auf unsere innere Politik. Gerade weil das System des Ausgleichs und der Dele-gationen keinen konstitutionellen Ausweg offen läßt, ist man ge-zwungen, das letzte Wort immer der Krone zu überlassen. Durch den Ausgleich haben wir also ein rein absolutistisches Ele-ment in unser Staatsleben hineingebracht. Ueberall zeigt sich die Bevorzugung Ungarns. Den Ungarn kostet das Heer nur 11 Prozent ihres Budgets, uns kostet es 17 Prozent. Da können sich die Ungarn schon ein großes Heer leisten, wenn wir es zahlen. (Sehr richtig!)

Auch die Ungarn gehen mit unbeugsamer Energie daran, einen national einheitlichen Staat zu bilden. Aber sie wollen, daß Oesterreich weiter der zerfaserte und zerstückte Staat bleibe, ein Sammelsurium der Unmöglichkeiten.

Noch wichtiger sind die wirtschaftlichen Gründe gegen den Ausgleich. Wir sind für große wirtschaftliche Einheiten, wir vertreten aber in der Frage des Schulzolls und Freihandels den Arbeiter nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Produ-zenten. Deshalb sind wir unter Umständen auch für den Schul-zoll zu Gunsten junger, emporblühender Industrien. Ganz un-greiflich muß es erscheinen, daß zwischen Vertragsstaaten, die eine Zollfreiheit bilden, ein Zollkampf entstehen kann, in dem ein Teil auf Kosten des anderen seine wirtschaftlichen Kräfte zur Ent-faltung bringt. Das aber thut Ungarn. Hauptächlichlich der Un-garn wegen haben wir, die wir ein Getreideimportland sind, Agrarzölle geschaffen. Ungarn dagegen behandelt die österreichische Industrie äußerst loyal. Das Versteuern auf diesem Gebiete leisten die Ungarn mit der Besteuerung der Donau-Dampfschiffahrt-ge-sellschaft und der Begünstigung der ungarischen Fluß- und See-schiffahrtsgesellschaft. Ebenso steht es mit der Eisenbahnpolitik Ungarns, die Oesterreich die Hände bindet, ihm den Zugang zum Orient versperrt. Man kann sagen, Ungarn ist das einzige Bei-spiel in der ganzen Welt, das in dem merkwürdigen Zustand sich befindet, alle Vorteile des Schulzolls mit allen Vorteilen des Freihandels zu verbinden. Wir Oesterreicher müssen diese Rechnung bezahlen. Die Ungarn haben sich eine innere Zolllinie gegen Oesterreich geschaffen, wir Oesterreicher aber sind nicht geschützt gegen sie.

Auf allen Gebieten bringt uns also der Ausgleich Schädli-gungen. Selbst wenn wir gegen Ungarn Zolltrennung verlangen, so würden wir unseren Prinzipien nicht das geringste vergeben. Liebste! hat 1875 auf dem Gothaer Parteitage gesagt: „Zum Schutz der sozialen Arbeit brauchen wir Einfuhrzölle gegen solche Länder, die keinen kurzen Normalarbeitstag eingeführt und die Frauen- und Kinderarbeit nicht vernünftigen Beschränkungen unterworfen haben.“ Die ganze ungarische Industrie aber beruht auf der maßlosen wucherischen Ausbeutung der ungarischen Ar-beiter, gegen einen solchen Staat können wir mit größter Seelen-ruhe Schulzölle verlangen. Aber wir stehen nur auf dem Stand-punkt, daß wir den Ausgleich nicht um jeden Preis haben müssen. Nebenher führt eingehend den Nachweis, daß Ungarn bei einer Zoll-

Kleine Chronik.

Leipzig, 18. August.

Eine Erinnerung.

Der heutige 18. August ist sozusagen ein historischer Tag, freilich wird man schwanken, ob man ihm mehr historische oder tragikomische Bedeutung beizulegen hat. Am heutigen 18. August fährt sich nämlich zum fünfzigsten Male der Tag, an dem die erste deutsche Flotte meistbietend öffentlich versteigert wurde.

Schon 1817 kam beim deutschen Bunde die Schaffung einer gemeinsamen deutschen Flotte in Anregung, namentlich durch die Dankestädte, als die Kunde von Kapereien der Barbaren in der Nordsee das für Stimmung zu machen schien. Auf dem Bundestage wurde, wie üblich, für diese Frage eine Kommission eingesetzt, die, wie gleichfalls üblich, zu keinem Resultat kam. Bis 1848 ruhte dann die öffentliche Diskussion dieser Frage; in diesem Jahre, aber noch vor Ausbruch der revolutionären Stürme, er-scheint dann die Schrift des Konul Sturz in Berlin unter dem Titel: Soll und kann Deutschland eine Dampfflotte haben und wie?, die der Sache wieder einen festeren Beweiser gab. Auf Anregung der freien Städte wieder und 17 Vertrauens-männer wurde dann im Monat April der Ankauf von Schiffen und Ausrüstungsgegenständen eingeleitet. Es mangelte aber des Geldes, und nun traten die berühmten Privatammlungen in Tätigkeit, „nachdem“, wie allen Ernstes ein bürgerlicher Ge-schichtsschreiber historisch festgelegt hat, „vier deutsche Patrioten beim Mittagstisch zu Remsburg den 21. und 22. April dergleichen zuerst in Anregung gebracht hatten“. Inzwischen aber kamen dieser damaligen Flottenagitation die dänischen Annektionsgelüste zu Hilfe, und das wirkte schon besser. Es kamen dann wieder Aufrufe, Marinekongresse und dergleichen Scherze mehr, und bald nach ihrer Konstituierung setzte die Nationalversammlung einen veritablen Marineauschuss ein.

Am 8. Juni 1848 wurde nun von diesem Ausschusse in der Nationalversammlung der Antrag gestellt, die Bundesversamm-lung zu veranlassen, die Summe von 6 Millionen Thalern auf verfassungsmäßigem Wege flüssig zu machen. Mit dieser Summe sollten beschafft werden 2 schwere Fregatten, 4 Korvetten, 2 größere und 4 kleinere Dampfschiffe und 200 Kanonenboote, — mehr

nicht... Der Antrag wurde angenommen. Bis Ende 1849 hatten auch zu dieser Summe wirklich vollständig ihr, wie üblich, durch Umlage festgesetzter Teil gezahlt: Braunschweig, Hannover, Wolfen-buener, Mecklenburg-Schwerin, Nassau, Oldenburg, Anhalt-Desau, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Schaumburg, Lippe und die vier Freistädte. Oesterreich aber legte Verwahrung gegen die Teilnahme an der Umlage ein und ohne ausdrückliche Verwahrung unterließ die Einzahlung ganz oder zum Teil von selten der übrigen Regierungen. Und nun ging's an den Ankauf alter oder Bau neuer Schiffe. Was schließlich herauskam, stellt ein durchaus staatsverfallender Historiker, Ende der 50er Jahre also wörtlich zu-sammen:

- 1. die Fregatte Deutschland von 32 Kanonen, die sich aber nachher nur als Leuchtenschiff brauchbar erwies;
2. die Segelkorvette Franklin, die man dem Eigentümer als unbrauchbar zurückstellen mußte;
3.-5. die drei Dampfschiffe Hamburg, Bremen, Lübeck, die aber den Winter 1848/49 erst einer Reparatur unterworfen werden mußten; sie hatten je 160 Pferdekraft und je 5 Geschütze u.

Dazu kamen besonders noch ein paar den Dänen abge-nommene Schiffe und 27 Kanonenboote. Letztere waren jedoch, wie ein bürgerlicher Historiker jetzt wieder hervorhob, elende, mit je zwei Geschützen besetzte Wassertöpfe, die gerüstet werden mußten und später zum Brennholzwerk verkauft wurden. Uebrigens aber bestand diese Flotte eine kleine Feuerprobe gegenüber den Dänen, gar nicht so übel, am 4. Juni 1849 in dem Seegefecht bei Helgoland.

Nach der Auflösung des deutschen Parlaments, ging dann der wieder eingesetzte Bundestag mit dieser deutschen Flotte, in der er eine Schöpfung des Jahres 1848 sah, kurz genug um. Schon im November 1849 kam der kommandierende Admiral in arge Ver-legenheit: aus Frankfurt wurde ihm kein Geld angewiesen. Jetzt tauchten alle möglichen Ideen auf, die Flotte zu groß oder zu detail wieder loszuwerden. Schließlich aber machte der Bundestag kurzen Prozeß: Falls die interessierten Staaten nicht bis zum 31. März 1852 zur Erhaltung der Flotte nicht einen Verein oder dergleichen bildeten, sollte die Flotte verkauft werden. Der von Hannover am 20. März dorthin berufene deutsche Flottenkongreß brachte den Flottenverein nicht zu stande, am 24. März ging er resultatlos auseinander und am 2. April 1852 wurde dann „von Bundes wegen“ die Auflösung der Flotte definitiv beschlossen.

Und nun gings ans Verschachern der deutschen Flotte. Als Manager hierfür funktionierte Laurentius Hannibal Fischer, viel und übel verrufen, aber gewiß kein schlechterer Reaktionsär wie seine Kollegen vom damaligen Bau. Er gab sich sogar vor definitiver Auktion alle mögliche Mühe, den Hammer so teuer und gut wie möglich los zu werden. Aber er machte sehr üble Erfahrungen. In Bremen und Hamburg wurde ihm be-deutet, daß man sich eine Kriegsmarine für den Handel der Hanse-städte garnicht mehr wünsche, „weil gerade der Mangel einer Kriegsmarine der beste Schutz des hanseatischen Seehandels bei auswärtigen Verwicklungen sei.“ Fischer wollte dann den Schwindel sogar gratis an Oesterreich und Preußen abgeben, aber der damalige preussische Finanzminister, es war Bodelschwingh, erklärte ihm rundweg, daß er ihm höchst verbunden sei für das interessante Resümee, womit er den Staat zu beschützen gedente; er füllte sich jedoch verpflichtet, ein solches die Finanzen wie ein uner-fährlicher Dampfer bedrohendes Geschenk sich mit allen Kräfte von Leib zu halten.“ Das war damals!...

An unserem 18. August 1852 fand dann die Versteigerung an den Meistbietenden statt, wobei die Mehrzahl der Schiffe in Privatbesitz überging. Der Erlös betrug

934 726 Thaler, 6 Silbergroschen und 4 Pfennige. Das war noch ein bitterböses Geschäft außer dem Hohn und Spott, denn die Einkaufssumme war von der Marinekommission auf 3040 400 Gulden und ihr Wert nach dreijähriger Abnutzung am 8. März 1852 noch zu 8121 765 Gulden angegeben!

Das war das Ende der ersten deutschen Flotte! — es giebt geschichtliche Fakta und Entwicklungen, vor deren, man möchte sagen, brutaler Logik jede Kritik zu einem Nichts zusammengeschrumpft, und deren Grausamkeit selbst der schärfste Gegner derer, die sie betroffen, nicht noch verschärfen kann und — möchte.

Nikolaus Senard's historische Werke. Mit einer biographischen Einleitung von Otto Franz Senfchen und dem Bildnis des Dichters. Eleganz gebunden 2 Mk. (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.) Eine besonders schätzenswerte Zugabe dieser Ausgabe bilden die Tagebücher und Briefe, die hier zum ersten-mal einer Ausgabe von Senard's Werken einverleibt wurden. Sie interessieren als wertvolle Ergänzung seiner poetischen Schöpfungen und weil sie einen klaren Einblick in seine leidenschaftliche Liebe zu Sophie Löwenthal gewähren, die das Verhängnis seines Lebens war. Er selbst hat an den Schluss seiner Einleitung die Worte geschrieben: „Wer mich kennen will, muß diese Briefe lesen.“

Trennung den Kürzeren ziehen müßte. Wir können unser Getreide sehr leicht aus Argentinien und Rußland beziehen. Wo aber sollen die Ungarn ihre agrarischen Produkte loswerden? Die Ungarn müßten hauptsächlich in ihrem eigenen Land, auch in ihrem Schweinefleisch, das sie ausführen, erlösen. (Heiterkeit.)

Herr v. Stoerber kennt den Ausgleich sehr genau. Wenn er im Moment der Entscheidung sich auf neuen Schacher einläßt, so bedeutet das einen Verrat an Oesterreich. Wäre er ein Staatsmann in großem Maße, so müßte er erklären, Oesterreich muß zu Grunde gehen, wenn dieses System weiter geht. Wenn die großen wirtschaftlichen Einheiten unsere Lebenshaltung herabdrücken, uns abhängig machen, so sind wir gegen sie. Um jeden Preis schwärmen wir nicht für die Einheit. Die Völker Oesterreichs haben andere Interessen, als die Dynastie. Wenn uns fortwährend pathetisch vom Gesamtstaat geredet wird, so sagen wir: Gesamtstaat? Das heißt für Euch: Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Gendarmarie. Für uns aber heißt es: Arbeitslohn, politische Rechte, hoher Lohn und freie Schule. Das sind die Kulturideale, für die wir kämpfen. (Lebhafter Beifall und Handklopfen.)

Die vom Parteivorstand gestellte Resolution lautet: Der Parteitag erklärt: „Der österreichisch-ungarische Ausgleich, in einem Augenblick heftiger politischer Ohnmacht Oesterreichs entstanden, bedeutet seit seinem Bestehen eine ununterbrochene Kette politischer und wirtschaftlicher Schädigungen für unsere Reichshälfte. Während Ungarns Interessen immer entschiedener die äußere Politik der Gesamtstaaten bestimmen, dagegen hemmend auf die organische Entwicklung der inneren politischen Verhältnisse Oesterreichs wirken, wird durch das verschwommene System des Dualismus, das in der parlamentarischen Karikatur der Delegationen gipfelt, unser Parlamentarismus entwertet und unser Konstitutionalismus verfälscht. Und während Ungarn seine wirtschaftlichen Potenzen zu kraftvoller Entfaltung gebracht und starke Grundlagen für seine Entwicklung vom Agrar- zum Industriezustand geschaffen hat, ist unsere ökonomische Entwicklung stillgekommen, ja zurückgegangen, eine direkte Wirkung der völlig zielbewußten Politik Ungarns, auf unsere Kosten und auf unsere Schulter zu einer höheren wirtschaftlichen Entwicklungsstufe emporzuführen.“

Aber dieser Prozeß des ungarischen Vorwärts- und des österreichischen Rückwärtsfortschritts muß überdies Oesterreich übermäßig mit eigenem Gelde beghalten, da die von Ungarn ungleichmäßig hohe der Quote infolge des wachsenden Mißverhältnisses der Prosperität in beiden Staaten mit immer stärkerer Ungerechtigkeit Oesterreich belastet.

Dieses für Oesterreich so verwerfliche Vertragsverhältnis dient borgeblieh den sogenannten Gesamtstaats- und Großmachtinteressen, in Wahrheit aber lediglich dynastischen Interessen. Die Kosten dafür müssen in erster Linie die Arbeiter in der Form enormer, fortwährend wachsender indirekter Steuern, sowie der Verteuerung ihrer Nahrung durch Agrarzölle, aber auch in der Form des politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstillstandes, der Lähmung und Verumpfung des staatlichen und sozialen Lebens auf allen Gebieten bezahlen.

Ohne irgendwieviele den Ungarn, am allerwenigsten den ungarischen Arbeitern, mit denen sie die brüderlichen Interessen der Klasse verbinden, das Recht und die Möglichkeit der freiesten Entwicklung schmälern zu wollen, verlangt die österreichische Arbeiterschaft auch für Oesterreich das Recht der vollen, freien politischen und ökonomischen Selbstbestimmung und sie vermag die Möglichkeit hierzu lediglich in einer vollständigen politischen und fiskalischen Trennung der beiden Reichshälften zu erblicken, einer Trennung, die keineswegs notwendig zu einem Bollkrieg führen muß, sondern in durchaus friedlicher und einverständlicher Weise vollzogen werden kann, und als Endziel durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß der alsdann gleichberechtigten und gleichstarken Staaten zur Schaffung eines großen einheitlichen Wirtschaftsgebietes führen soll.

Am diesem Ziel näher zu kommen, genügen nicht Scheinstege der Regierung, die übermäßigen Reueforderungen der Ungarn zurückzuweisen, sondern es muß vor allem die Grundlage des vaterländischen Ausgleichs, der Oesterreich ausliefert, vollständig verlassen werden. In der lauen und verschwommenen Haltung der bürgerlichen Parteien und der Regierung erblickt jedoch die Arbeiterschaft ein trügerisches Scheingefecht und sie brandmarkt die Konzeptionen zu Gunsten einzelner Parteien sowie den leeren Wortschauer an den Text des Vertrages, der uns auf eine weitere Reihe von Jahren in Abhängigkeit von Ungarn bringen soll und durch den der glänzendste Augenblick zur Emancipation Oesterreichs verfaumt wird, als einen ausgeprochenen Verrat an den politischen und geistigen, den nationalen und materiellen Interessen der Völker Oesterreichs, insbesondere aber seiner Arbeiterklasse.“

In der Diskussion hebt Dr. Adler hervor, daß wir mit unseren ungarischen Genossen vollständig solidarisch sind. In der industriellen Entwicklung Ungarns haben wir auch ein großes politisches Interesse. Es kann in Ungarn nur eine lebensfähige Sozialdemokratie entstehen, wenn sich ein regelrechtes Industrie-proletariat bilden kann. Wir glauben, daß eine ehrliche Einigung erst möglich sein wird, wenn sich eine ehrliche Trennung vollzogen hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Nachdem sich noch Brod-Wien im Sinne des Referenten geäußert, wird die Resolution einstimmig angenommen. Es wird dann zur Wahl der Parteiverwaltung geschritten. Das Ergebnis wird in der Nachmittagsitzung bekannt gegeben werden.

In der Nachmittagsitzung wird der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion entgegengenommen, den E. Bernerstorfer erstattet. Hauptächlich behandelt er diejenigen Fragen, die den Parteimitgliedern und Parteigenossen Stoff zur Diskussion gegeben haben, so die Frage der Wiederaufnahme der Obstruktion und noch anderes. Das Wesen des Parlamentarismus bestimme nun einmal darin, daß die Majorität im Recht sei. Nur im äußersten Notfall dürfe daher zu dem schweren Schritt der Obstruktion geschritten werden. Auch wegen des Ausgleichs werde die Fraktion nicht obstruieren. So unvollkommen die Möglichkeit der Vertretung der Arbeiterklasse im Parlament ist, theoretisch ist das Thor des Parlaments den Arbeitern geöffnet. Drei Hauptformen hat das Parteilieben augenblicklich: die Organisationen, die Presse, die Fraktion. Die Fraktion hat mit allen Kräften und aller Treue ihre Aufgaben im Parlament zu erfüllen getrachtet.

Über Parteitalent spricht Dr. A. Adler: Auf die Periode des Sturmes, der Erregung, die bis 1900 reichte, ist eine Periode der Ruhe gefolgt, die einer Generation von Genossen, die im Sturme aufgewachsen sind, sehr wenig behagt. Aber unsere stürmende Tätigkeit war die Verwirklichung einer vielleicht nie wiederkehrenden Gelegenheit, um einen Vorstoß zu unternehmen, uns eine Stellung zu erobern. Die von uns nun eroberte politische, sozial rechtliche Stellung der Arbeiterschaft muß jetzt in ihrem Inhalt erst ausgeschöpft werden. Keine Partei im österreichischen Abgeordnetenhaus hat bei so kleiner Zahl einen so großen Einfluss, wie unsere. Mehr Leute leisten hier die Arbeit von hundert. Seit wir im Parlament sind, treten die großen demonstrativen Aktionen in den Hintergrund. Wir haben ein Jahrzehnt hindurch unsere Politik auf der Straße gemacht; durch die Fraktion ist uns eine andere Möglichkeit des Ausdrucks der politischen Willensmeinung der Arbeiterklasse geworden. Damit soll die außerparlamentarische Tätigkeit nicht herabgesetzt werden. Die gewerkschaftliche Organisation hat sich mit großer Schnelligkeit aufgebaut. Aber da unsere ganze Tätigkeit nach außen gerichtet war, ist die Erziehung des einzelnen zu wirklichem sozialdemokratischen Bewußtsein zurückgeblieben. Es muß endlich verjüngt werden auf die alten Formen des äußeren Kampfes. Mit vollem Bewußtsein müssen wir sagen: Zurück ins

Gauß, zurück in die Vereine, zurück in die Organisationen zur Erziehung der Arbeiterklasse, zurück, um nachher um so kräftiger vorzudringen zu können. (Bravo.) Was nun im besonderen das Parlament betrifft, so scheint es ja keine Lust zum Selbstmorde zu haben. Unsere Fraktion ist nie in der Lage gewesen, es zum Selbstmorde zu treiben. (Jura: Der Mut hat gefehlt.) Welchen Mut meinen Sie denn. Vielleicht den Mut, sich lächerlich zu machen. (Heiterkeit.) So haben wir aus dem Parlament herausgeschlagen, was sich herauschlagen ließ, den Neuntugendtag für die Bergarbeiter, die kommende Presseform. Was die Frage der Obstruktion betrifft, so ist das parlamentarische Recht der Mehrheit solange einzuhalten, als es wirklich besteht. Erst wenn ein Rechtsbruch begangen wird, wenn statt des Gesetzes der Majorität das Gesetz der Gewalt proklamiert ist, dann hat eine Minorität und auch erst die wirkliche politische Möglichkeit, zur Gewalt, d. h. zur Obstruktion überzugehen.

Nun unsere Stellung zu den Parteien. Neben der chauvinistischen und die liberale Gefahr. Unsere Partei hat den Merkantilismus immer bekämpft, aber es haben Wandlungen stattgefunden in der Beurteilung der Frage, ob der Merkantilismus gerade der gefährlichste Feind ist. Jetzt hat der Merkantilismus wieder eine Macht erobert. Die bürgerlichen Parteien lassen sich vom Merkantilismus verführen. Die Gefahr des Merkantilismus wird in den verschiedenen Kronländern verschieden empfunden, je nachdem sie mehr oder weniger von diesem gefährlichsten Feinde bedroht sind, am stärksten also in den Alpenländern, am wenigsten in Schlessien und Böhmen. Eine Ausgleichregel gebietet, andere Elemente, die den Kampf gegen den Merkantilismus führen, in ihrem Kampfe nicht zu stören, auch wenn er nicht besonders aussichtsreich ist. Wir sind genötigt, jede Spur des Widerstandes gegen den Merkantilismus im Empfinden des Bürgertums nicht abzutöten und zu verhöhnern, sondern zu stärken und zu fördern. Mehr Jahre merkantiler Herrschaft können fürchterliche Verwüstung anrichten. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir führen jetzt in den verschiedenen Provinzen einen Kampf um das Landtagswahlrecht. Das Einzige, was sich erreichen lassen wird, ist die Einführung der fünften Wadenschen Kurie. Nun kann man sagen: Nehmen wir lieber diese fünfte Kurie, als gar nichts. Man kann aber auch sagen: Nehmen wir lieber gar nichts als diese fünfte Kurie. (Sehr richtig!) Die Entscheidung ist schwer und ich laße Sie nicht ein, sie hier zu fällen. Es wird unmöglich sein, eine einheitliche Regel aufzustellen. Im allgemeinen können wir mit den Erfolgen der Partei zufrieden sein. Die innere Kraft unserer Partei ist gewachsen. Aus den tatsächlichen Verhältnissen heraus müssen wir unsere Politik ziehen. In der Zeit der Ruhe Sturm predigen, ist gerade so unehelich und schwindelhaft, als in der Zeit des Sturmes zur Ruhe mahnen. Die vernünftige Taktik wird sein, wenn wir die Zeit der Ruhe zur Erzielung redlich benutzen. (Lebhafte Beifall und Handklopfen.)

In der Diskussion hält B. J. B. Wien es für einen schweren taktischen Fehler, daß Bernerstorfer erklärt habe, zur Obstruktion würde es wegen des Ausgleichs nicht kommen. Ich glaube, wenn der Dr. Adler 1897 im Parlament gesehnt hätte, wäre das Präsidium nicht gestürzt worden. (Lachen.) Er hat immer zu viele Bedenken.

Dr. Starke-Moritzbad: In Böhmen ist man der Ansicht, daß die Ursache der zurückgehenden Haltung der Sozialdemokratie, der opportunistischen Haltung zum Ministerium Bernerstorfer in einer besonderen niederösterreichischen Landtagswahlpolitik der Parteileitung zu suchen ist. (Lachen.) Bei uns ist der Glaube an den Parlamentarismus bereits ins Wanken geraten angesichts der Unfähigkeit der Fraktion. Wird der Ausgleich bereit, dann ist auch das Privilegien-Parlament gesprengt. Sollten sich dann absolutistische Neigungen zeigen, so müßten wir dann auf die Straße gehen.

Dr. S. S. spricht sich gegen die beiden Vordredner aus. Die Zeit ist großen Aktionen nicht günstig, und der Ausgleich interessiert die Massen gar nicht. In solche Abenteuer sollten wir uns nicht hineinwerfen.

Rele E. Graz: Ich bin nicht der Ansicht, daß unsere Genossen Obstruktion machen sollten, aber daß sie im Stande gewesen wären, das Parlament zu zer Sprengen. Aber allzuviel sollte uns nicht an diesem elenden Parlament liegen. Was soll denn der Enderfolg dieses Parlaments sein? Thatsache ist, daß eine große Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegenüber unserer parlamentarischen Tätigkeit Platz gegriffen hat. Auch die Unterfütterung des antiliberalen Empfindens des Bürgertums, zu dem Dr. Adler geraten, ist nicht nach dem Geschmack der Steiermärker, die mit dem nationalen, liberalen Bürgertum im heftigsten Kampfe stehen. Bei dem letzten Kampfe um das Landtagswahlrecht in Steiermark haben sich die Merkanten geschickter und klüger benommen, als die Liberalen. Die Fraktion darf keinen Zweifel darüber lassen, daß ihr an der Erhaltung dieses Parlamentarismus nichts liegt.

Dr. A. A. S. Salzburg schießt sich im wesentlichen Refel an. Daß die Fraktion in der Kleinarbeit ihre Schuldigkeit getan hat, darüber besteht kein Zweifel. Nur mit der großen Arbeit sind wir nicht zufrieden. Es ist zu viel Staatsmannlichkeit darin. Dr. Adler sagt: Es herrscht überall Ruhe. Ja, warum sollen wir denn nicht die Ruheforer sein?

Dr. C. C. W. Wien: Die Fraktion ist eine gute, tüchtige Vertretung unserer Interessen. Es konnte nichts mehr und nichts anderes geschehen, als was geschehen ist.

Dr. B. B. S. Reichenberg sprechen ihr Einverständnis mit der Tätigkeit der Fraktion aus. Die Debatte wird auf Sonntag vertagt. Die Wahlen für die Parteiverwaltung haben folgendes Ergebnis: Gewählt wurden in den engeren Ausschuss: Anna Woschek mit 128, Bopp mit 126, Dr. Ellenbogen mit 125, Starke mit 125, Dr. Adler mit 124, Schulmeier mit 122, Tomshil mit 120 und Bernerstorfer mit 114 Stimmen. In die Parteikontrolle werden gewählt: Dr. Czech-Wrinn, Spielmann-Winz, Praehausler-Salzburg, Refel-Graz, Selzger-Teplitz, Schäfer-Reichenberg, Beer-Wien und Witzholz-Wien.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Centrum und sächsisches Wahlkartell. Seitdem die katholische sächsische Volkszeitung erscheint, möchte das Centrum auch in Sachsen eine Rolle spielen. Die Centrumpresse ist tief bestrahlt und erboht, daß die Parteiparteien bei ihren Vereinigungsberathungen so gar keine Rücksicht auf die katholischen Wähler genommen haben. Die Centralkorrespondenz für die Centrumpresse und die Germania ihm deshalb ein bisschen wichtig, als sei es ihnen ernst mit der ausgesprochenen „Drohung“, eventuell gegen die Kartellkandidaten stimmen zu wollen. Gleichzeitig wird in der Centrumpresse davon geredet, in einer Reihe von Wahlkreisen Centrumbanden aufzustellen. Das ist ja alles nur Theaterdonner zu dem Zwecke, vom Kartell Zugeständnisse zu erhalten. Uns kann es völlig gleichgültig sein, ob und wie die gleichwertigen Brüder einig werden.

Chemnitz, 17. August. In der Parteiversammlung des 15. Reichstagswahlkreises, die heute hier stattfand, referierte Genosse Hähle-Chemnitz über den bevorstehenden Parteitag in München in einständigem Vortrage. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Redners einverstanden, beschloß, den Kreis auf dem Parteitage durch einen Delegierten vertreten zu lassen und wählte den Genossen Munkel-Frontenberg als solchen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie fand die Versammlung ihr Ende.

Ebersbach, 17. August. Die hiesigen Buchdruckergehilfen halten dem Gemeinderat die Petition des Tarifamts der deutschen Buchdrucker vorgelegt, welche dahingehet, daß die amtlichen Druckfachen nur an solche Druckereien vergeben werden möchten, welche den zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten Tarif anerkennen. Dieser Petition hatten sich die hiesigen Buchdruckergehilfen angeschlossen mit dem Bemerkten, daß hier nur die Firmen Franz Strobach und die Oberlausitzer Genossenschafts-Buchdrucker den Tarif anerkannt haben, während die Firma H. O. Gnaud (Amtsblatt) der Tarifgemeinschaft noch nicht beigetreten sei und ihre Gehilfen auch nicht danach einloht. Es wird deshalb die Bitte ausgesprochen, so lange dies nicht geschehen ist, der Firma H. O. Gnaud Druckarbeiten der Gemeinde nicht mehr zu überweisen. Das Gemeinderatsmitglied Weisler führte hierzu aus, er könne sich nur freuen, daß auch im hiesigen Orte die Buchdruckergehilfen mit einer derartigen Petition an den Gemeinderat gekommen sind, nachdem dies in vielen Städten und Gemeinden bereits geschehen ist. Er könne nur empfehlen, daß den Wünschen der Petenten Rechnung getragen werde, denn dies würde auf das Gewerbe nur fördernd wirken. Auch brauche das Kollegium keine Bedenken deshalb zu hegen, daß die Arbeiter etwa für die Gemeinde teurer würden, denn bei den verschiedenen Ausschreibungen habe es sich gezeigt, daß die Preisunterschiede der drei Druckereien nur geringe waren. Was die beiden anderen Druckereien thun könnten, könnte Herr Gnaud auch thun und seine Gehilfen dementsprechend entlohnen. Trotz dieser vernünftigen Bestürmung lehnte das Kollegium die Petition ohne weitere Beratung einfach ab. Der Gemeinderat hätte wirklich keine große That begangen, wenn er durch einen Beschluß im Sinne der Petition den Drucker des Amtsblattes zur Anerkennung des Buchdrucker Tarifs gezwungen hätte.

Meine Nachrichten aus dem Lande. Auf der Aule Böhmenbach-Dresden hatte sich der 13jährige Knabe einer Auswandererfamilie an Thürländer zu schaffen gemacht und ihn lebenslang „offen“ gestellt. Bei dem durch Einfahren in die Kurve kurz vor der Haltestelle Oberogelung entstandenen Aufschlag ist die Thür aufgesprungen und der Knabe hinausgeschleudert. Der Knabe dürfte sich bei dem Abwurf eine Gehirnerschütterung zugezogen haben. — Der Bahnassistent St. in Dippoldiswalde wurde auf Anordnung des Freiberger Staatsanwalts wegen Stillschließens verhaftet. — In Schönau bei Bernsdorf ist wegen einer heftig auftretenden Malaria-Epidemie auf Anordnung des Bezirksarztes der Unterricht in den beiden Schulen zunächst auf 14 Tage geschlossen worden. — Infolge Genusses giftiger Pilze waren in der Familie Brunert in Schleitzau Erkrankungen vorgekommen. Das Oberhaupt der Familie, Lithograph Felix Brunert, ist unter den unglücklichsten Schmerzen verstorben. — Ein Viehhändler brachte dieser Tage dem Fleischermeister Wöhmer in Ebersbach drei Schweine, welche er früh bei einem Böbauer Gerbermeister abgeholt. Sämtliche drei Tiere wurden bei der Untersuchung nach der Schlachtung als todtgebunden gefunden. — In trunkenem Zustande fiel in Dresden ein Mann aus einer Droßel auf das Gleis der Straßenbahn, als gerade ein Wagen herankam. Nur durch die Geistesgegenwart des Führers, der den Wagen zum Stehen brachte, als der Betrunkenen bereits unter dem vorderen Standplatt lag, wurde größeres Unheil verhütet. — In Lugau bei Oelsnitz sah das 5jährige Söhnchen des Bergarbeiters Paul Wöbel zu, wie ein etwas geistig beschränkter Arbeiter zwei Centner schwere, mit Kohlstücken gefüllte Säcke abhub und wurde dabei von einem vermullich vom Wagen gestürzten Sack getroffen und sofort totgedrückt.

Aus Thüringen, 17. August. In den vielen Melwürdigkeiten der Unterschlagung in den sächsischen Klassen in Coburg, die wir hier am 18. d. M. schon anbeuteten, geschieht sich jetzt noch die, daß das Magistratskollegium von Coburg sich erst Freitag offiziell mit dem Vorfall beschäftigt hat, also erst fast acht Tage nach Feststellung des Thatbestandes. Und das, was es scheint, auch noch nicht ohne äußeres Drängen. Eine Anzahl Stadtverordnete nämlich haben an den Stadtverordnetenvorsteher das Ersuchen gerichtet, baldmöglichst eine außerordentliche öffentliche Stadtverordnetenversammlung einzuberufen und den Magistrat zu ersuchen, in der fraglichen sächsischen Angelegenheit Aufklärung zu geben. Gestützt auf § 80 der Coburger Stadtordnung, die diese Möglichkeit gewährleistet, haben sie auch ihr Ziel erreicht und am morgigen Montag nachmittag wird die Sitzung stattfinden. Das hat dann wohl, wie gesagt, auch den Magistrat endlich auf die Beine gebracht.

In einem Teile des bayerischen Thüringens, in dem bayerischen Landtagswahlkreise Gelnbretsch, Bezirk Mühlberg, wird sich demnächst zum fünften Male wieder ein sehr durchsichtiger Vorgang abspielen. Der schwerreiche Kommerzienrat Geimeran, der Landtagsabgeordnete dieses Kreises, in dem er auch geboren ist, wird an einige arme Gemeinden dieses Kreises wieder seine Landtagsdiäten verteilen. Das vertritt gewiß ein gutes Herz selbst bei einem so schwerreichen Manne, nur wollen böse Leute behaupten, daß der Herr Abgeordnete nur hierdurch noch immer sich sein Mandat, sein Ehrenamt erhalte. Vielleicht können unsere Genossen darauf sorgen, daß er trotzdem nicht wieder in diese Verlegenheit kommt, gerade seine Diäten zu verteilen.

Soziale Rundschau.
Sozialpolitisches.

k. Wann ist ein Verletzter im Sinne des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes hilflos? Durch die letzte Aenderung der Unfallversicherungsgesetze wurden bekanntlich die Leistungen der Versicherung dahingehend erweitert, daß, wenn ein Verletzter infolge des Unfalles nicht nur völlig erwerbsunfähig, sondern auch darauf hilflos geworden ist, daß er ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann, ihm für die Dauer dieser Hilflosigkeit die Rente bis zu 100 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes zu erhöhen ist. Daß eine derartige Hilflosigkeit nur selten angenommen wird, beweist eine eben ergangene Entscheidung des Reichsversicherungsamtes, die auch gleichzeitig für die neuere Art der Sozialpolitik des Amtes bezeichnend ist. Ein Arbeiter wurde infolge eines Betriebsunfalles vollständig blind, weshalb er, gestützt auf die angeführten Gesetzesbestimmungen, die Erhöhung der Rente auf den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Berufsgenossenschaft lehnte aber den Antrag ab und bewilligte nur die bekannte Vollrente von 60%, Prozent. Nachdem sich das Schiedsgericht dieser Bemessung angeschlossen, entschied das Reichsversicherungsamt über den eingeleiteten Rekurs dahingehend, daß bei einem Blinden die bezügliche Hilflosigkeit vorliege. Er sei zu den meisten Verletzungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Tätigkeit der Menschen fast regelmäßig Anforderungen an das Augenlicht stellt. Er bedarf einer ständigen Hilfe. Daß dieselbe die Arbeitskraft einer fremden Person nicht in vollem Umfang in Anspruch nimmt, steht dem nicht entgegen. Das Amt billigte daher dem Verletzten eine Rente von 80 Prozent des wirklichen Jahresarbeitsverdienstes zu. Warum nicht 100 Prozent, wenn alle Voraussetzungen vorliegen? Wir erinnern daran, daß gerade der Fall der Erblindung in erster Linie den Anlaß zur Einsetzung der fraglichen Gesetzesbestimmung gegeben hat. Unter welchen Voraussetzungen würde das Reichsversicherungsamt denn die vorgezeichnete 100 Prozent bewilligen?

Gewerkschaftliches.

Aus der sechsten Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins in Hannover ist besonders erwähnenswert die Beratung über die Einrichtung einer Arbeitslosenunterstützungsstelle. Das bisherige Arbeitslosenunterstützungssystem hat erhebliche Mängel. Die Unterstützung ist so gedacht, daß die bisherigen Reisegelder nach Kilometerberechnung wegfallen und dafür Tagegelder eingeführt werden sollen. In der höchsten Stufe sollen bis zu 2 Mk. pro Tag für höchstens 60 Tage im Jahr und in der niedersten Stufe 75 Pfg. pro Tag bis höchstens 30 Tage im Jahr bezahlt werden. Die Mitgliedsbeiträge sollen um 10 Pfg. pro Monat erhöht werden. In Verbindung mit der Frage der Errichtung einer Unterstützungsstelle wird gleichzeitig eine Veränderung im Zeitungswesen behandelt. Es wird beabsichtigt, anstatt der bisherigen 14tägigen Erscheinungsart die Vereinszeitung täglich herauszugeben.

Es wird der Generalversammlung ein Kompromißantrag unterbreitet:

Die Generalversammlung beschließt:

1. Die Zeitung erscheint ab 1. Januar 1903 wöchentlich bei gutem Ausbau des Stellenanzeigers. 2. Um dies zu erreichen und zugleich den Mitgliedern ihr bisheriges Unterstützungsrecht zu wahren, wird der Beitrag für die Hauptklasse um 10 Pfg. pro Monat und Mitglieder erhöht. 3. Mitglieder, welche sich bei der Arbeitslosenunterstützungsstelle freiwillig versichern, erhalten, da für sie die bestehende Unterstützungsart wegfällt, pro Monat 10 Pfg. für die Arbeitslosenversicherungsstelle gutgeschrieben.

Der Antrag rufte lebhaften Protest hervor, gelangt aber doch mit 18 gegen 9 Stimmen zur Annahme.

Ein weiterer sehr wichtiger Beschluß ist der, dem § 8 Abs. 1 des Statuts eine Bestimmung hinzuzufügen, wonach auch Gartenarbeiter, welche dauernd in der Gärtnerei beschäftigt sind, als Mitglieder der Organisation aufgenommen werden können.

In diesem Zwecke soll eine Sektion der Gartenarbeiter gebildet werden.

Der vierte Allgemeine deutsche Gärtnerstag tagte am 10. August in Hannover an der Generalversammlung des Gärtnervereins in Hannover am 10. August. Das erste Referat über das Thema: „Was geht uns die Bodenreform an?“ erstattete Herr A. Damacke, der Vorsitzende des Bundes für Bodenreform. Nebenher folgte seine Forderungen in folgender Resolution zusammen:

Der Allgemeine deutsche Gärtnerstag erklärt sich grundsätzlich mit den Bestrebungen der deutschen Bodenreform einverstanden und ersucht alle Organisationen, die wirklich ernst für die dauernde Fehdung der arbeitenden Schichten unseres Volkes eintreten, sich als körperschaftliche Mitglieder dem Bund der deutschen Bodenreformer anzuschließen. Insbesondere hält er die Erfüllung folgender Forderungen für dringend: 1. Einen zweckmäßigen Ausbau des Enteignungsrechts der Gemeinden für Land, das zur Anlage von Parks, Schmuckplätzen und Gärten dienen soll. 2. Eine allgemeine Einführung der „Grundsteuer nach dem gemeinen Wert“. Dabei wird es sich empfehlen, die gesetzlichen Vorschriften nach zwei Richtungen hin zu verbessern: a) der gemeine Wert wird durch Selbsteinschätzung des Eigentümers gefunden. Die Gemeinde hat im Bedarfsfalle das Enteignungsrecht zu diesem selbstgeschätzten Wert. b) Garten- und Parkgrundstücke, die als solche im Grundbuch bezeichnet werden, zahlen nur die Hälfte der Grundsteuer. Wird später jedoch die Bauerlaubnis für solche Grundstücke verlangt, so darf diese erst dann erteilt werden, wenn die Grundsteuer vom Tage der Einführung an in ganzer Höhe nachbezahlt wird.

Einstimmig gelangte die Resolution zur Annahme.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung behandelte Abrecht Berlin das Thema: Gartenbaukammern. Nebenher folgte in längerer Ausführungen auseinander, daß die gesellschaftliche Organisation auch des Gärtnerberufes eine soziale Notwendigkeit sei. Es müsse ein Anschluß an eine schon bestehende Handwerkskammer geschaffen werden.

Als letzter Punkt der Tagesordnung stand das Thema: Wert und Bedeutung einer allgemeinen Tarifgemeinschaft für die Gärtnereien zur Besprechung. Nebenher, der das Referat übernommen hatte, setzte auseinander, daß die Tarifgemeinschaft im Interesse von Arbeitgeber und Arbeitnehmer liege und unterbreitete der Versammlung dann folgende Resolution:

Der Allgemeine deutsche Gärtnerstag hält eine allgemeine Tarifgemeinschaft im Interesse der Fehdung der wirtschaftlichen Lage der Gärtnerei für zweckmäßig und notwendig und ersucht die wirtschaftlichen Gärtnereorganisationen, die Erreichung einer solchen in geeigneter Weise anzustreben.

Nachdem auch diese Resolution einstimmig angenommen war, trat Schluß des Gärtnertages ein.

Zum Droschkenkutschereistreich in Hamburg. Eine neue Droschkenordnung ist von der Hamburger Polizei ausgearbeitet und soll am 1. September in Kraft treten. Da man sich diese aufgedrängte Reglementierung nicht ohne weiteres gefallen lassen will, so ist ein Streik ausgebrochen. Es streiken also Droschkenbesitzer und ihre Droschkenkutscher, denen sich auch noch die Transportarbeiter angeschlossen haben, gemeinsam gegen die — Polizei. Besonders verhasst sind in den neuen Bestimmungen die Einführung des Abreuzzwangs — durch den die Kutscher wie die Dirnen einer strengen öffentlichen Kontrolle unterstellt werden —, die Bestimmung, daß aller Anspruch auf Fahrgeld erlischt, wenn die Fahrt ohne Schuld des Fahrgastes nicht beendet wird und schließlich die Bestimmung, daß Hunde nicht in Droschken mit hineingekommen werden dürfen.

Als eine Kommission der Kutscher bei der Polizei um Abänderung der neuen Verordnung vorstellig wurde, bekamen sie zu hören: „Sie haben überhaupt nichts anzunehmen oder abzulehnen, sondern einfach das auszuführen, was wir verlangen. Jedenfalls werde an der Lage und den Bestimmungen der Droschke festgehalten werden.“ Natürlich, die Polizei fühlt sich in noch höherem Grade als die Unternehmerschaft als „Herr im eigenen Hause!“

Auf diese Antwort der Polizeibehörde hin lehnten die Fuhrwerksbesitzer am 16. Aug. in nichtöffentlicher Versammlung mit Stimmengleichheit einen Antrag ab, nach dem der Verkehr im Interesse des Publikums bis zum 1. Sept. wieder aufgenommen werden und danach der Ausstand wieder in vollem Umfange eintreten sollte, wenn die Polizei bis dahin keine Abänderung des Reglements genehmigt habe. Vom Sonntag ab soll auch die Leichenbeförderung eingestellt werden. Die Verzte verfuhrten heute schon überall bergänglich Fuhrwerk zu erhalten. Die Hamburg-Amerika-Linie ließ die auf ihren Schiffen eingetroffenen Reisenden durch von ihr gemietete Motorwagen der Straßenbahn in die Stadt befördern. Obgleich eine größere Anzahl Ausländer am Hafen anwesend war, sind Aufseherungen nicht vorgekommen. Streikposten an den Hamburger Grenzen suchen auswärtiges Fuhrwerk abzuhalten. Wie es heißt, soll versucht werden, auch die Schaffner und Führer der elektrischen Bahnen zum Ausstand zu veranlassen, damit die Polizei zum Nachgeben gezwungen werde. Es ver-

lautet, daß in den nächsten Tagen auch die Kolliführwerksbesitzer den Betrieb einstellen wollen.

In der Nacht zum Sonntag wurde der Generalstreik sämtlicher Droschkenkutscher proklamiert; auch die Fuhrkutscher, die feste Kundtschaft fahren, haben die Fahrten eingestellt.

Vom Streit der Bauarbeiter in Rön. Eine Maurerverammlung beschloß, sich mit den Ausschlagsarbeitern, die wegen Lohnhöhung in den Ausstand getreten sind, solidarisch zu erklären und am Montag überall die Arbeit niederzulegen, wo die Forderungen der letzteren nicht bewilligt werden, auch wenn die Forderungen der Maurer, die seit einiger Zeit selbst in einer Ausstandsbewegung sind, bewilligt werden. Einen gleichen Beschluß faßten die Organisation der Zimmerleute und Stuckateure. Gleichzeitig hielt die Rönner Baugewerbeunion eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der der Beschluß gefaßt wurde, über die zuletzt bewilligte, aber den Forderungen der Arbeiter nicht entsprechende Erhöhung der Löhne nicht hinauszugehen.

Vom Schutz der Deutschen im Auslande

legen die Schicksale der Frau Kugel aus Rimmersatt bei Memel, die soeben nach fast einjähriger Gefangenschaft aus russischen Gefängnissen glücklich wieder herausgekommen ist, ein bereites Zeugnis ab.

Zwischen Rimmersatt, das hart an der russischen Grenze liegt, und den nächsten Ortschaften auf russischer Seite herrscht stets ein reger Verkehr. Einkauf von Lebensmitteln und dergleichen wird stets jenseits der Grenze besorgt, da die nächste größere Stadt, Memel, viel weiter entfernt ist. Frau Kugel insbesondere ging sehr häufig über die Grenze, weil sie in der russischen Ortschaft Polangen eine Schwester hat. So war sie auch am Sonntag den 1. September 1901 drüben, da in Polangen gerade Jahrmärkte war. Dort wurde sie auf die Polizei bestellt und ohne weiteres ins Polizeigefängnis abgeführt. Beswegen? Das werde sie schon sehen. — Nach 48 Stunden brachte man sie per Fuhrwerk, unter Begleitung zweier Genarmen, ins Gefängnis zu Elbau.

Dort wurde sie erst am dritten Tage zu einem Verhör ins Bureau geführt. Dies war das einzige Verhör, dem die Frau in dem ganzen Jahr ihrer Gefangenschaft unterzogen wurde. Es handelte sich um eine Zeugnisaussage. Zwei Russen waren verhaftet worden, weil ein Schuß sie (für fünf Rubel Belohnung) beschuldigt hatte, verbotene Wäcker über die Grenze gebracht zu haben. Und dieser selbe Schuß hatte die Frau Kugel und ihren Mann verhaftet — nicht etwa selbst an dem Transport auf russischem Boden beteiligt gewesen zu sein — sondern nur um die Sache zu wissen. Man steckte sie also ins Gefängnis und ließ sie Monat um Monat sitzen, nicht weil sie selbst etwas verbrochen haben sollte, sondern um von ihr ein Zeugnis zu erpressen gegen andere! Nach deutschem Gesetz wird ein Beamter, der gegen einen Zeugen Zwangsmittel anwendet, mit Zuchthaus bestraft. So schäbt das deutsche Gesetz den deutschen Bürger gegen Gewaltstreiche der eigenen Beamten. Und im Auslande soll der deutsche Bürger solchen Gewaltstreichen schutzlos preisgegeben sein?

Nach diesem Verhör, bei dem sie nichts ausgesagt hatte, wartete die Frau einen vollen Monat, ohne über ihr Schicksal irgend etwas zu erfahren. Vermutlich wollte man sie mirde machen. Dann schrieb sie an den deutschen Konsul und verlangte seinen Schutz. Der hatte es auch ganz fürchtbar eilig. „Schon“ nach drei Wochen antwortete er schriftlich, daß — es nicht seine Sache sei, hier einzugreifen. Trotzdem erschien jedoch der Konsul am 10. oder 11. November (also, nachdem die Frau bereits fast 2 1/2 Monate fest saß) im Gefängnis, und die Frau wurde ihm vorgeführt. Da er ihr schon geschrieben hatte, daß er ihr nicht helfen werde, so verlangte sie weiter nichts von ihm, als neue Kleidung und Wäsche für den Winter, da ihre paar Sachen, mit denen sie ins Gefängnis gekommen war, natürlich längst zerlumpt waren.

Von großem Interesse, ja von ungeheurer Wichtigkeit ist nun, was der Konsul jetzt zu der Frau sagte. Er ermahnte sie, die Wahrheit zu sagen; ihr Mann sei ja deutsch, dem könne also nichts passieren; wenn sie die Wahrheit sage, könne sie gleich freigelassen werden; wenn sie aber nicht die Wahrheit sage, dann könne sie noch zehn Jahre sitzen.

Man beachte diese Worte genau. Der Konsul sagte: wenn die Frau die Wahrheit sage, könne sie gleich freigelassen werden. Daraus geht hervor, daß die Frau selbst keiner Straftat beschuldigt war, und daß der Konsul das auch wußte. Dann wenn sie unter dem Verdachte stand, etwas verbrochen zu haben, so konnte man sie doch auf keinen Fall freilassen. Trotzdem also der Konsul wußte, daß es sich darum handelte, von der Frau ein Zeugnis gegen andere zu erpressen, oder mit anderen Worten, daß an der Frau ein Verbrechen verübt werden sollte, das in Deutschland mit Zuchthaus bestraft wird — trotzdem sagte der Konsul: wenn sie nicht die Wahrheit sage, so könne sie noch 10 Jahre sitzen! Er, auf Grund welches Gesetzes? Das russische Gesetz mag ja vielleicht erlauben, Zeugnisse und Geständnisse zu erpressen. Aber ist das russische Gesetz anwendbar gegen deutsche Staatsangehörige, die nicht einmal in Rußland wohnen, sondern bei einem Spaziergang weggefangen werden wie die wilden Tiere? Und wenn die russische Behörde sich derartige Uebergriffe erlaubt, ist der deutsche Konsul nicht dazu da, die deutschen Bürger zu schützen? — Aber weit gefehlt: als die Frau erwiderte, sie könne doch nichts ausagen, da sie nichts wisse, sagte der deutsche Konsul zum russischen Gefängnisbeamten, **Dann könne man sie auch nicht freilassen!** Also nicht nur hat er der armen Gefangenen seinen Schutz verweigert, sondern er hat die russischen Behörden geradezu aufgefordert, die Frau noch weiter festzuhalten! Die russischen Behörden können sich auf den Konsul verlassen. Macht ihnen jemand Vorwürfe, so können sie sagen: der deutsche Konsul hat's ja selbst so angeordnet.

Einige Kleider erhielt die Frau, allerdings so wenig, daß sie vollständig zerlumpt nach Deutschland zurückkehrte.

Am 10. Dezember gelang es ihr endlich, eine Bittschrift nach Petersburg abzusenden. Drei Tage darauf wurde ihr eröffnet, die Sache sei jetzt vollzählig erledigt und gehe nun an die Gerichte. Die Folge war, daß sie schon am — 12. Mat (nach fünf vollen Monaten) von Elbau fort ins Gefängnis zu Scharnput gebracht wurde. Dort war sie nur wenige Tage, als ein Schriftstück eintraf, des Inhalts, der Bar in seiner Gnade und Güte wolle ihr

keine Strafe auferlegen!?! Aber sie sei für immer aus Rußland verwiesen. Trotzdem dauerte es nochmal drei Monate, bis zum 14. August, bis die Frau nach vielen Schereereien das gasstliche Land verlassen konnte.

Einige interessante Nebenumstände dieser Tragödie werden wir morgen veröffentlichen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. August.

Gegen Arthur Fleißner, den Redakteur des Leipziger Generalanzeigers, der sich bekanntlich durch den Artikel „Der jüngste deutsche Rittmeister“ der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben soll, findet am Donnerstag, 4. September vor der Ferienstrafkammer O des Landgerichts die Hauptverhandlung statt. Die Verteidigung Fleißners liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Goltshalt.

Ueber einen interessanten Fall der Rechtsprechung betr. die Alters- und Invaliditätsversicherung wird von hier berichtet: Zwei Offiziere hatten die bei ihnen beschäftigten Dienstmädchen bei einer Ortskrankenkasse, dem Organ der Landesversicherungsanstalt, verspätet angemeldet. Die Ortskrankenkasse erstatete bei dem zuständigen Stadtrat Anzeige und ersuchte um Bestrafung der beiden Offiziere. Der Stadtrat lehnte ein Vorgehen ab, da er dazu nicht zuständig sei. Daraufhin wendete sich die Ortskrankenkasse, um eine Entscheidung bittend, an die Kreishauptmannschaft Leipzig, die den Rekurs zurückwies, da die Erklärungen des Stadtrats, daß er zu einem Einschreiten nicht zuständig sei, durch die Militärstrafgerichtsordnung hinreichend gerechtfertigt würden. Die Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen, die demnächst angerufen wurde, wies die Klasse an, sich an die militärischen Instanzen zu wenden. Diese erklärten aber ebenfalls ihre Unzuständigkeit. Die Klasse rief dann das sächsische Ministerium des Innern an. Dann wurde die Sache bei dem sächsischen Oberverwaltungsgericht anhängig gemacht. Dieses wies die Anfechtungsklage ab. Sie konnte noch der getroffenen Entscheidung nicht für zulässig erachtet werden, da die Klägerin nicht als „Beteiligte“ im Sinne von § 73 des Invalidenversicherungsgesetzes zu erachten und deshalb nicht zur Klageerhebung berechtigt sei. Beteiligt im Sinne dieser Gesetzesvorschrift sei nicht schon derjenige, der in irgend einer Weise an der Sache ein Interesse habe, weil ihr Ausgang auch auf ihn günstig oder nachteilig zurückwirke, sondern lediglich der, über den die Entscheidung der Verwaltungsbehörde ergangen ist, dem gegenüber sie also bestimmt, was für ihn Rechens sein soll. Handelt es sich, wie im vorliegenden Falle, um eine strafbare Uebertretung, so ist die Berechtigung zur Verbeistühung einer Bestrafung des Täters, zur Einlegung von Rechtsmitteln gegen eine ablehnende Entscheidung der Verwaltungsbehörde erster Instanz und folgerichtig auch zur Erhebung der Anfechtungsklage nach dem Dastürhalten des Oberverwaltungsgerichts im allgemeinen von denselben Voraussetzungen abhängig, die für das Verfahren vor den ordentlichen Strafgerichten in Officialsachen gelten. Demnach ist in der Regel nur der „Beteiligte“ zum Verbeistühn der Sache berechtigt. Die Begriffe „Beteiligter“ und „Verlester“ sind also auf diesem Gebiete identisch. Als „Verlester“ im Sinne der Strafprozessordnung ist aber im allgemeinen nur derjenige anzusehen, welcher durch die die Strafthat bildende Handlung selbst betroffen und in seinen Rechten durch sie gekränkt ist. Dagegen können Nachteile, die nicht durch die Strafthat an sich, sondern erst in weiterer Folge aus ihr sich ergeben, die Eigenschaft des Verlesers nicht begründen. An einer solchen Kränkung der obigen Art fehlt es im vorliegenden Falle. Die Klägerin ist hier lediglich als Organ der Versicherungsanstalt thätig geworden und hat nur daneben insofern ein vermögensrechtliches Interesse am Ausgang der Sache, als ihr die auf Grund des § 179 des Invalidenversicherungsgesetzes erkannten Geldstrafen zufließen. Dagegen ist sie durch die unterlassene Anmeldung der versicherungspflichtigen Dienstmädchen in ihren Rechten nicht verletzt worden. Als „Verlester“ konnten vielmehr höchstens die betreffenden Dienstmädchen selbst in Frage kommen, sofern ihnen infolge der unterlassenen Anmeldung die ihnen gebührenden Wohlthaten der Invalidenversicherung auf einen gewissen Zeitraum entzogen würden. Im übrigen vermochte das Oberverwaltungsgericht der Rechtsauffassung über die Unzuständigkeit des Stadtrats zum Erlaß der begehrten Strafverfügungen nicht beizupflichten.

Der Verband deutscher Porzellan-, Stein- und Glaswarenhändler (Großisten und Detailisten) hält Dienstag den 2. September in Leipzig seine diesjährige Generalversammlung ab. U. a. soll ein Antrag auf Schutz gegen Wanderlager verhandelt werden.

Die diesjährige in Rischau eröffnete Rauchwarenmesse hat nach einer Meldung des Bureau Schaffer bis jetzt eine allgemeine Hauffe gebracht. Feh, Jobel und Persianer sind bis zu 30 Prozent im Preise gegen das Vorjahr gestiegen. Die Kauflust hält sich bis jetzt in mäßigen Grenzen.

Von der städtischen Wohlfahrtspolizei sind im vergangenen Jahre u. a. 397 Erlaubnisurkunden zum Befahren der Fußwege, 227 Erlaubnisurkunden zum Anbringen von Schallhörn, Laternen und Geschäftszweigen, 240 verschiedene Dispensationen straßenpolizeilicher Art und 75 Genehmigungsscheine bezüglich der Wegschraubenden erteilt worden. In 89 Fällen wurden vorübergehend Straßen für den Fahrverkehr gesperrt. Infolge zwangswieser Besitzentziehung der Wohnungen von 33 Familien durch den Gerichtsvollzieher wurde das auf die Straße gesetzte Mobiliar in Raubverwahrung genommen. Strafverfügungen wurden 3622 erlassen, wovon in 5 Fällen sofort Haft verfügt wurde. Im Interesse der Verkehrs- und Feuer-sicherheit öffentlicher Lokale wurden von den bautechnischen Beamten 287 Besichtigungen vorgenommen und zur Abstellung von Mängeln, die sich hierbei gezeigt hatten, 66 Auflagen erlassen.

Wegen Pflasterung der Straße zwischen Täubchenweg und Frauemannstraße wird die Gäßchenstraße auf genannter Straße vom 18. August d. J. ab für allen Fahrverkehr auf die Dauer der Arbeiten gesperrt.

Ein schwerer Unglücksfall mit tödlichem Ausgange ereignete sich am Sonnabend gegen Mittag an der Ecke des Gerichts- und Täubchenwegs. Dort fiel der am 16. Juli 1897 in Großschma geborene Knabe Alfred Erich Sachs, Sohn des in der Rosigstraße Nr. 24 wohnenden Hilfsbremsers Sachs, beim Spielen vor das rechte Hinterrad eines mit Steinen beladenen Lastgeschirrs, das dort vorbeifuhr. Dem unglücklichen Kinde ging das Rad gerade über den Kopf, so daß der Tod sofort eintrat. Dem Führer des betreffenden Geschirrs ist kein Verschulden beizumessen.

Wenigstens ins Krankenhaus gebracht wurde ein 22 Jahre alter Knecht, der bei einem Unfallschicksal in Hirschfeld in Diensten stand. Der bedauernswerte Arbeiter war von einem Pferde berast gegen den Kopf geschlagen worden, daß er lebensgefährliche Verletzungen davontrug.

Wiederholter Selbstmordversuch. In seiner Wohnung in der Bülowstraße versuchte sich ein 33 Jahre alter Schlosser durch Einnehmen von Salzsäure zu vergiften, nachdem er schon einige Zeit vorher sich durch Erhängen zu töten versucht hatte. Der Lebensmüde, der die That aus Schwermut begangen haben soll, wurde dem Krankenhaus zu St. Jacob zugeführt.

Ein Stillschleichenvergehen gegenüber Kindern hat sich ein unbekannter Mensch auf dem Wiesenwege zwischen L.-Gutritsch und Wohls zu Schulden kommen lassen. Der Mann wird geschätzt: etwa 45 bis 50 Jahre alt, von mittlerer Größe mit graumeliertem Haar und Schnurrbart, bekleidet mit schwarzem Jackett, grauer Hose und dunklem Strohhut mit schwarzem Bande.

Ein Schwindlerpaar, das vor einiger Zeit auch in Leipzig sein Unwesen getrieben hat, ist jetzt in Würzen festgenommen worden. Das angebliche Ehepaar, das auch ein Kind bei sich führt, hat in Ostböhmen vieler Städte Betrügerhandlungen und Betrugsversuche verübt.

Auf der Kremserpartie verunglückt. Einem 38 Jahre alten Markthelfer von hier, der mit mehreren Freunden gestern vormittag eine Partie machte, passierte in der Reibsbainer Straße das Unglück, daß er hinten vom Kremser herabfiel und dadurch einen Bruch des rechten Unterschenkels erlitt.

Kleine Polizeinachrichten. Wegen eines Stillschleichenvergehens wurde ein 37 Jahre alter Kaufmann aus Witten in Haft genommen. Der Beschäftigte ist wegen solcher Vergehen schon vorbestraft.

Unter der Vorpiegelung, ihm in einem neugegründeten Restaurant eine Stelle verschaffen zu wollen, schwindelte ein 27 Jahre alter Koch aus Gens einem jungen Manne mehrere Geldbeträge ab. Der Betrüger ist jetzt ermittelt und verhaftet worden.

In der Hausflur eines Grundstücks der Selzer Straße wurde am Sonnabend einen kleinen Mädchen von einem unbekanntem Knaben ein Portemonnaie mit Geld aus den Händen gerissen. Damit verschwand der Knabe. Als Täter und Künftler zu dem Diebstahl sind von der Polizei zwei Schulknaben im Alter von zwölf und neun Jahren ermittelt worden.

Wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung erfolgte die Festnahme eines 29 Jahre alten Schuhmachers aus Döberitz. Dieser Mensch mußte seines ungehörlichen Betragens wegen aus einer Restauration hinausgewiesen werden. Aus Wut darüber schlug er den Wirt mit einer Flasche auf den Kopf. Ueberdies zertrümmerte er eine Fenster Scheibe.

Ein 21 Jahre alte Arbeiterin aus Raumburg, die wegen Diebstahls schon bestraft worden ist, wurde wegen der Entwendung eines Geldbetrages aus einer Wohnung in Haft genommen. In der Promenade am Röhlplatz wurde heute früh ein junger Mensch dabei beobachtet, als einem auf einer Bank fest eingeschlafenen Markthelfer die Uhr samt Kette abnahm. Der Dieb, ein 16 Jahre alter Arbeiter aus Endersdorf, wurde nach einem mißglückten Fluchtversuch festgenommen und der Polizei übergeben.

Ein Einmissethater bezog am Rauschbier Steinweg eine Wohnung, stahl ein grün- und rotbraun kariertes Damenkleid und verschiedene andere Sachen und verschwand dann wieder. Die Diebin ist etwa 20 Jahre alt, von mittlerer, schlanker Gestalt, hat hellblondes Haar, blaßes Gesicht und trägt ein rotbraunes Kleid mit schwarzleinenem Einsatz.

In der Weihenfelder Straße zu Plagwitz wurde am Sonnabend nachmittag ein fünfjähriges Mädchen überfahren, wobei das Kind eine leichte Verletzung am Kinn davontrug. Der Radfahrer ist, da er unvorsichtig gefahren sein soll, zur Anzeige gebracht worden.

Verschiedene Einbruchsdiebstähle sind in Geschäftsläden der Marienstraße in L.-Gönnewitz und der Luisenstraße in L.-Wohls verübt worden, wobei den Dieben Geldbeträge in die Hände gefallen sind.

Von einem Neubau an der Hardenbergstraße wurde am Sonnabend eine silberne Remontuhr mit schuppenähnlich gegliederter goldener Kette gestohlen. Verdächtig ist ein unbekannter Mensch von etwa 20 Jahren und übermittler, schmächtiger Gestalt mit schwarzem Schnurrbart.

Gestohlen wurde ferner ein Fahrrad, Marke Deutschland, mit der Nummer 19965, und ein Rover, Marke Britolosa.

Reuzisch. Auf ein beschleunigtes Gesuch der hiesigen freien Turnerschaft an den Vorstand des hier an der Haupt- und Mittelstraße gelegenen Gartenvereins um Ueberlassung des hinter den Gärten abseits gelegenen Spielplatzes zu einem Schauturnen, erfolgte eine ablehnende Antwort. Das Gesuch, daß der Generalversammlung des Gartenvereins mit vorlag, wurde ziemlich spät und erst auf erfolgte Anfrage erledigt. Von einigen der Herren Reuz- Arbeiter, die sogar Söhne mit bei den freien Turnern haben, wurde gegen das Gesuch gesprochen. Von den anwesenden circa 48 Generalversammlungsbesuchern, meistens nur Arbeitern, stimmten nur ganze 7 Mann für das Gesuch. Ein weiterer Kommentar hierzu erübrigt sich. Nur wollen wir den Reuz- Arbeitern noch mitteilen, daß selbst Behörden, bürgerliche Turnvereine z. den freien Turnern schon Plätze und Turnhallen zur Benutzung überlassen haben. Darum ging das nicht bei den Arbeiter-Gartenbesitzern in Reuzsch? Der Besitzer des Areals hatte noch nicht einmal etwas einzunehmen gehabt.

Von Nah und Fern.

Typhus.

Gera, 16. August. Von authentischer Seite wird über die hiesigen Typhuserkrankungen berichtet: die alarmierenden Nachrichten in auswärtigen Wätern hierüber sind unbegründet. Vor Allem kann von einer förmlichen Typhusepidemie nicht die Rede sein. Seit Anfang Juni sind bis jetzt etwa 21 Typhuserkrankungen vorgekommen, darunter ein Todesfall. Seitens der Behörden sind die umfassendsten Maßnahmen getroffen, um weitere Typhuserkrankungen zu verhüten. Es liegt sonach kein Grund zu ernstlicher Beunruhigung vor.

Widenscheid, 16. August. Die Typhusepidemie greift in besorgniserregender Weise um sich; annähernd 100 Personen sind erkrankt.

Großfeuer.

Breslau, 16. August. Die Schlesische Volkszeitung berichtet: In Czernawow (Rußland), nahe der schlesischen Grenze, brach in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag ein verheerendes Feuer aus. Ueber 200 holzgedeckte Gebäude wurden vollständig eingeäschert. 150 Familien sind obdachlos. Die Erde ist vernichtet. Mehrere Kinder sind in den Flammen umgekommen. Viele Personen wurden bei den Rettungsarbeiten verwundet.

Muhrerkrankungen.

Breslau, 16. August. Der Schlesische Zeitung zufolge sind von den Mannschaften des in Liegnitz garnisonierenden Königs-Grenadier-Regiments, die gegenwärtig in Schwerzen bei Posen zum Regiments- und Brigadegergieren einquartiert

sind, 60 Mann an der Muhr erkrankt und in das Posener Garnisonlazarett übergeführt worden.

Arbeiterrisiko.

Rattowitz, 16. August. Auf der Konordia-Grube wurden gestern nachmittag zwei verheiratete Höner verschüttet und sofort getötet.

Brand.

Frankfurt a. M., 18. August. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Konstantinopel: In der alten Kallistenstraße Brussa, in der viele Tausende von Fremden weilten, zerstörte eine Feuersbrunst den Bazar sowie 200 Häuser.

Schiffsunglück.

Düsseldorf, 16. August. Aus Uerdingen wird gemeldet: Gestern Abend 10 Uhr ist auf der Rückfahrt von Düsseldorf nach hier der Rheindampfer Prinzess Victoria mit dem Seebdampfer Köln bei Kaiserswerth zusammengestoßen. Drei Mädchen aus Uerdingen sind über Bord gefallen und ertrunken. Ein Maschinentechniker aus Uerdingen ist infolge Explosion der Kesselrohre verunglückt. Ein anderer Dampfer hat die Fahrgäste des Prinzess Victoria aufgenommen und sie nach Uerdingen gebracht.

Eisenbahnunglück.

Czernowitz, 16. August. Gestern ist vor der Station Czernowitz aus bisher unbekannter Ursache auf offener Strecke der Personenzug Nr. 314 entgleist. Mehrere Wagen sind umgestürzt. 17 Reisende sind verletzt. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Der Güterverkehr ist unterbrochen.

Verbrannt.

Antwerpen, 16. August. Während des gestern abend anfänglich der städtischen Festlichkeiten veranstalteten Fackelzuges ist ein im Festzuge befindlicher Wagen, welcher den Winter vorstellte, vom Feuer erfaßt worden. Von fünf Frauen, welche sich im Wagen befanden, ist eine völlig verbrannt; vier erlitten Brandwunden.

Springflut.

New-York, 18. August. Eine Springflut wird aus Alaska im Golf von Kalifornien gemeldet. Mehrere hundert Personen sind dabei umgekommen oder schwer verletzt worden. Der Materialschaden wird auf 50 Millionen Dollar geschätzt. Unterirdische Erdbeben werden als Ursache der Springflut betrachtet.

Vermischtes.

Eine Riesentonne. Soeben ist in Romanshorn für die schweizerische Eidgenossenschaft ein riesiges Alkoholfass fertiggestellt worden. Dasselbe stellt eine eiserne Tonne dar, die 3 140 000 Liter zu fassen vermag. Der Durchmesser dieses Riesensylinders beträgt 20 Meter, das Gewicht der Eisenteile 110 000 Kilogramm. Der Mantel ist in acht Etagen aufgebaut und ist im Inneren mit 3 Verstärkungsringen aus Winkelisen versehen. Das Fundament besteht aus einer zwölfseitigen Betonplatte von 1 Meter Dicke; diese trägt sowohl das Reservoir als auch das daselbst umgebende Schutthaus. Um das Reservoir zu montieren, bedurfte es nicht weniger als 80 000 auf dem Platze selbst geschlagene Nägel. Um den Cylinder herum sind allerlei Mehrintstrumente angebracht, zwischen ihm und dem Schutthaus befinden sich schlanke Galerien und oben funktioniert eine Ventilationseinrichtung. Das Wasser zu den Probefüllungen, die die Solidität des Werkes ergeben haben, wurde mit einer eigens hierzu hergestellten Pumpanlage - Lokomotive und Centrifugalpumpe - von etwa 25 bis 30 Pferdekraften dem Bodensee entnommen. Die Zeitdauer einer Füllung betrug nicht weniger als 25 Stunden.

Die Deutschland in Afrika „Kultur“ verbreitet. Ueber Schnaps und Kultur im deutschen Togoland berichten nach der Germania die katholischen Missionen: „Seit Jahren überfluten deutsche Großhändler die Kolonie Togo an der westafrikanischen Küste aus niedriger Gewinnsucht mit dem Gift des Branntweins. Wurden doch hauptsächlich aus Deutschland eingeführt im Jahre 1892: 1 492 593 Liter Branntwein (Rum und schlechter Fusel), 1893: 1 074 343 Liter, 1894: 1 092 750 Liter, sowie 1895-1900 trotz aller Gegenbemühungen noch immer 1 064 543 Liter. Das macht für jeden Tag durchschnittlich 2889 Liter, und das in einem Lande von kaum zehn Stunden Küstenbreite. Die Folgen kann man sich denken. Raum giebt es heute etwas, was so das öffentliche Leben des Regers beherrscht, als der Rum. Er begleitet ihn, man möchte sagen, von der Wiege bis zum Grabe. Ein Schnapsgelage begründet den Neugeborenen, mit Rum laßt sich der Wursche seine Braut, der Rum verjüngt den Häuptling und Kettschreiber, der Rum bildet die Zahlung für Ländereien, der Rum begeistert die Schwärzen zu ihren wilden Tanztänzen. Wer es nicht gesehen, kann es kaum glauben, welch magischen Zauber der Rum auf den Neger ausübt. Wie besessen springt er im betrunkenen Zustande herum. Sein fast natürlicher Instinkt verfehlt sich in niedrige Gemeinheit, er wird vichig und ist zu jedem Verbrechen fähig. Wenn es schon so schwer hält, einen christlichen Schnapsbruder zu bekehren, wie viel schwieriger erst einen halbwildem Negerkäufer. Und trotzdem, trotz aller Vorstellungen bei der Regierung und aller Besprechungen landen täglich neue Rumbdampfer und rollen zahllose Rumkässer, fast ihre einzige Ladung, ans Land. Und das nennt man Kolonisieren.“

Türkische Zustände. Ueber das Treiben albanesischer Banden wird berichtet: In Kasa Kischewo schnitt der Führer einer albanesischen Bande, Namens Islam, einem Bewohner von Monastir die Ohren ab und zwang ihn, sich so verunstaltet zum Richter zu begeben und ihn die abgeschnittenen Ohren vorzulegen. Der albanische Bandenführer Islam legte einer Gemeinde eine Zahlung von 100 türk. Pfd. auf und drohte, die Einwohner er-morden zu lassen, falls nicht binnen vierzehn Tagen die Zahlung erfolge. Der albanische Bandenführer Wefir nahm zwei Bewohner des Dorfes Wefir gefangen und forderte ein Lösegeld von 60 türk. Pfd. binnen fünf Tagen, widrigenfalls er die beiden Bauern töten würde. In der Umgebung von Prilep überfiel der Albaner Saadeddin mit fünfzehn Mitgliedern seiner Bande zwei angesehene Ortsbewohner, erpreßte von ihnen 200 türk. Pfd., verstümmelte sie, indem er dem einen die Ohren, dem anderen die Nase abschchnitt, und zwang sie, dem Richter die abgeschnittenen Körperteile zu übergeben. Unter dem Vorwande, Revolutionäre zu suchen, überfiel eine albanische Bande in dem Dorfe Iduga (Sandjal Ocheida) fünfzehn junge Leute, tötete einen bulgarischen Gymnasialisten und verwundete fünf Personen, darunter den ehemaligen Professor Antinoghni Paschow, der bald darauf seinen Wunden erlag, sowie den Prof. Porfize Scheinow.

Amesien aus unbefruchteten Eiern. Wenn auch schon längst konstatiert worden, daß unter den gefällig lebenden Insekten auch die Arbeiter Eier legen, so wurde doch niemals das Auskommen von Männchen oder Arbeitern dabei beobachtet, es schlüpfen immer nur Männchen aus. Im biologischen Centralblatt wird nun zum erstenmal und zwar von Ameisen eine neue beachtliche Beobachtung mitgeteilt. Meisenbach in Frankfurt a. M. hatte nämlich 11 Arbeiter der Ameisenart Lasius niger in ein leeres Beobachtungsgesäß gesetzt, um sie zu Demonstrationszwecken zur Hand zu haben. In seinem größten Erstaunen entdeckte er, daß die von den Arbeitern gelegten Eier und Nestern typische Arbeiter von ganz normaler Größe, die sich auch normal an der Beschäftigung der anderen beteiligten, Ende Juni war die Zahl

der Arbeiter bereits auf hundert gestiegen seit dem Frühling. In der letzten Juliwoche, der Schwarmzeit der Ameisen, kam auch etwa ein Duzend schöner, glänzender Männchen aus, deren Betragen keinen Zweifel aufkommen ließ, daß sie sich, wenn ihnen die Möglichkeit geboten worden wäre, an dem Ausschwärmen beteiligt haben würden. Bald aber ging sie ein, die meisten verunglückten durch Ankleben der Flügel. Die Arbeiterkolonie ent-wickelte sich bis Ende Juli des folgenden Jahres derart, daß sie 300 Ameisen zählte. Genau um die Schwarmzeit kamen wieder 2 bis 3 Duzend Männchen aus, die wieder zu Grund gingen. Im folgenden Frühjahr 1901 hatte sich die Zahl der Arbeiter bedeutend verringert, aber zur Schwarmzeit waren wieder Männchen an-gesommen. Die Lebenskraft der Tiere nahm nun so rasch ab, daß die Kolonie im Frühjahr 1902 nur noch 20 Arbeiter zählte. Es kamen auch trotz der vorhandenen Larven keine Ameisen mehr aus und Ende April waren alle Ameisen verendet, die Kolonie „aus-unbekannten Gründen“, wie Meisenbach sagt, eingegangen. Diese bis jetzt einzig dastehende Beobachtung regt eine Reihe von Fragen an. Das ganz regelmäßige Auftreten der Männchen in der Schwarmzeit deutet auf eine sicherlich nicht zufällige Erscheinung. Sollte nach ihrem Auftreten noch eine Befruchtung der Arbeiter innerhalb des Nestes möglich gewesen sein? Und wenn das der Fall war, sollte dann nicht etwas Wehliches auch bei den frei-lebenden Ameisen vorkommen, so wie unter den 11 Arbeitern, den Stammeltern der Kolonie, einige vielleicht befruchtet gewesen waren? Solche Annahmen widersprechen allen Anschauungen über das Geschlechtsleben der Ameisen, an die wir gewöhnt sind. Wer will aber behaupten, daß man in diesen Dingen schon zur vollen, letzten Erkenntnis vorgedrungen sei?

Mitteilungen aus dem Publikum.

Die Stellenlosigkeit unter den Geizern und Maschinisten läßt die Frage aufwerfen: „Haben wir nur unter der jetzigen Krise zu leiden oder spielt hier ein anderer Faktor mit?“ Die Antwort lautet, daß auch ein ganz Teil Schuld auf die am Orte bestehende Polytechnische Gesellschaft fällt, die meistens nur aus Fabrikanten der Großindustrie besteht. Währscheinlich im Oktober bis März hält die Gesellschaft Geizerkurse ab und es wird bald wieder in den bürgerlichen Zeitungen der Aufruf zu diesem Kursus zu lesen sein. In diesem Kursus können sich Angehörige jeden Berufes beteiligen. Es wird den Leuten theoretisch beigebracht, wie man einen Dampfessel zu bedienen hat, obwohl mancher noch gar keinen Kessel gesehen und keine Ahnung hat, welche Gefahren und Verantwortungen mit der Bedienung von Dampfesseln verbunden sind. Nach Beendigung des Kurzes erhält ein jeder dieser Schüler ein Zeugnis, das fast durchweg lautet: „Derfelbe hat gute Kenntnisse nachgewiesen.“ Mit diesem Zeugnis verläßt nun der Schüler so schnell wie möglich in einen Betrieb zu kommen. Da aber die Industriellen den Wert einer solchen Ausbildung kennen und sehr wohl wissen, daß derartige Lehrlinge noch lange keinen Kessel feuern und bedienen können, so werden sie als Reserveleute eingestellt und sobald sie eingerichtet sind, wird der zu alte oder zu teure Geizer über Bord geworfen. Dabei gehen die theoretisch gebildeten Geizer zu einem spottbilligen Lohn in Stellung, um erst später zu einer ordentlichen Stellung zu gelangen. Ueber Mangel der Maschinisten und Geizer hat sich die Polytechnische Gesellschaft jedenfalls hier am Orte noch nicht zu beklagen gehabt; die Industriellen können es bezeugen, wenn sie ehrlich sein wollen, daß bei Befetzung einer Stelle 50 bis 80 Personen erscheinen, die sich um den Posten bewerben. Es erhält die Stelle aber nur der, der es am billigsten macht. Die Polytechnische Gesellschaft macht aber bei der Ausbildung ein gutes Geschäft. Die Kurse sind stets von 100 bis 120 Mann besucht; pro Mann 6 Mark sind das 600 bis 700 Mark, und das alles in einer Zeit, wo die Arbeiter selbst nichts haben. Darum seien die Leute gewarnt, damit sie nicht denken, wenn sie mit ihrem Kursus fertig sind, könnten sie auch sofort Stellung bekommen. Aber auch die Herren Prinzipale haben schon die trübe Erfahrung machen müssen, daß sie von einem theoretisch gebildeten Lehrlinge finanziell schwer geschädigt wurden. Hier sei nur an die Fälle in Reudnitz und Gutritsch erinnert.

Wir haben aber hier in Leipzig noch mit einem anderen Uebel zu rechnen. Sind die theoretisch ausgebildeten Geizer in einen Betrieb eingerichtet, so suchen sie sich dem hiesigen Verein der Maschinisten und Geizer anzuschließen und zwar aus dem Grunde, weil sie bei dem spottbilligen Lohn nicht existieren können. Und um derartige Leute lebendig zu heissen, hat der Verein bei den Herren Prinzipalen; in ihren Zirkularen, die sie jährlich 3-4 mal den Prinzipalen zusehen, steht geschrieben: „Die Herren Prinzipale wollen ihre Maschinisten und Geizer auf unseren Verein aufmerksam machen, damit uns neue Mitglieder zugeführt werden.“ So entsteht die kolossale Stellenlosigkeit, der Lokalverein verbietet sogar seinen Mitgliedern, bei den Prinzipalen wegen der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit vorstellig zu werden. Darum hinweg mit solchen Vereinen! Schließt Euch einer modernen Organisation an, die in jeder Hinsicht die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren sucht; das ist allein der Central-Verband der Maschinisten und Geizer sowie Berufsgenossen Deutschlands. Er gewährt seinen Mitgliedern Stempel für Mann, Frau und Kinder, sowie Wohnregulierungsunterstützung von 10-12 Mark, für jedes Kind unter 14 Jahren 1 Mark; ferner Stellenlosenunterstützung von 6 bis 10 Mark pro Woche, sowie Rechtschutz. Kollegen, gebt Aufschluß und Aufklärung über unsern Stand, damit nicht noch mehr Elend entsteht als jetzt, und seid eingedenk der Worte:

Nicht von oben kommt die Hilfe, Nicht von himmlischen Gewalten, Aus Dir selber muß sie kommen. Willst Du neu die Welt gestalten, Wie die Blume sprengt die Fülle Durch die Macht der eignen Säfte, Also ringe Dich zur Freiheit Durch die Macht der eignen Kräfte. P.

Briefkasten der Redaktion.

Streitfrüher, Ager. Wir erteilen Auskunft in Rechtsfragen. Auf solche Wetten und Streitfragen am Viertische aber, die uns tagelanges Suchen verursachen, können wir uns nicht ein-laffen.

J. A., Thüringer Straße, Bindenan. Die Geschäftsstelle befindet sich Ratharntzenstraße 21, I.

M. G. Wollen Sie denn nicht Ihre Organisationsleitung auf den Uebelstand aufmerksam machen und eine Veröffentlichung von deren Seite veranlassen.

Auskunft in Rechtsfragen.

A. B. Sie können das Geld einlagen. Der Mitspieler hat übrigens Anteil an einem etwaigen Gewinne, auch wenn er bis dahin noch nicht bezahlt hat.

A. K., Wahren. Solange Sie Mitglied der einen Ortskrankenkasse sind, können Sie nicht freiwilliges Mitglied einer zweiten Ortskrankenkasse werden.

R. B., Marktberg, Reim. 1. Die Quittungskarten müssen beigebracht werden. 2. Die Duplikate sind von denselben Stellen zu beschaffen, die die Originale ausgestellt haben. 3. Es wird in allen Klassen die Hälfte der für die Versicherten gezahlten Beiträge zurückgestellt. Verbindung ist, daß mindestens 200 Wochenbeiträge geleistet worden sind und daß der Antrag auf Erstattung innerhalb Jahresfrist vom Tage der Verheiratung an gestellt wird.